

Vertragsschluss ausgesprochen. In welche Lage kommen aber unsere Delegierten bei den Verhandlungen in Warschau, wenn ein bedarfliches Echo aus dem Deutschen Landbund kommt? (Beifall.)

Bei der Besprechung der deutsch-französischen Beziehungen bedauert der Minister die Trübung dieser Beziehungen durch die Fortdauer der Rheinlandbesetzung. Wenn französische Stimmen die Aufhebung der Besetzung davon abhängig machen wollen, daß Deutschland weitere Sicherheiten gewährt, so wird übersehen, daß der Locarnovertrag alle Sicherheiten bietet, die überhaupt ein Staat dem anderen bieten kann. Wer nach weiteren Sicherheiten ruft, setzt Zweifel in den Locarnovertrag.

Wenn wir nicht das Vertrauen haben, daß die geschlossenen Verträge gehalten werden, dann hat es überhaupt keinen Zweck, Verträge zu schließen. (Beifall.)

Die im Locarnovertrag Frankreich gegebene Sicherheit ist durch Englands Macht und Englands Wort garantiert. Das Verlangen nach weiteren Sicherheiten wäre also ebenso eine Beleidigung Deutschlands, wie Englands, weil es sich auf die Bestätigung des Wortbruchs beider gründet. (Beifall.) Es muß endlich einmal darauf hingewiesen werden, daß in dem Auf noch Sicherheit gegen Deutschland ein Stück Heuchelei liegt, das nicht länger von der öffentlichen Meinung ertragen werden kann. (Stürmische einstimmige Zustimmung.) Wir fordern die Rheinlandräumung, weil wir die deutsch-französische Verständigung als die Grundlage des europäischen Friedens ansehen, und weil wir in der Fortdauer der Besetzung eine unüberwindliche Hemmung der deutsch-französischen Verständigung sehen. Wir sind keineswegs gewillt, die Abfertigung der Besetzung mit dauernden Verpflichtungen zu erkaufen, die über die Bedingungen des Versailler Vertrages hinausgehen und geeignet sind, das Mißtrauen zu verewigen, und damit eine wirkliche und wirksame Friedenspolitik zu verhindern. (Lebhafte Beifall.)

Genosse Dr. Breitfeld

beklagte sich zunächst über die Undurchsichtigkeit, die diesen Etat wie die vorjährigen auszeichne. Es sei kaum noch möglich, die einzelnen Ausgaben zu kontrollieren. Infolge der über- und außerplanmäßigen Ausgaben, die sich wie eine ewige Krankheit von Etat zu Etat fortzuschleppen, müsse man niemals genau, wie doch die Ausgaben des auswärtigen Etats eigentlich beziffern. Anlässlich der Forderung, eine sehr erhebliche Anzahl von Gesandtschaften auf dem amerikanischen Gesamtkontinent umzuwandeln, müsse doch die Frage aufgeworfen werden, ob der Unterschied zwischen Botschaften und Gesandtschaften nicht antiquiert sei, man sollte im internationalen Verkehr diese Differenzierung beseitigen. (Sehr richtig! links.) Das Kulturreport sollte mit der Druckpropaganda über die Kriegsschuld im Ausland weniger freigebig sein. Der Erlaß bleibt zweifelhaft. Das letzte Wort töme im Augenblick über diese Frage doch nicht gesprochen werden und es könne noch lange dauern, bis eine objektive Instanz wie etwa ein neutraler Gerichtshof ein Endurteil fällen könne.

Ein Fall Tirpitz.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß in der Presse der Rechten Angriffe gegen Abgeordnete gerichtet worden sind, die auf Reisen nach Paris — wie das ihr gutes Recht ist — ihre Aufstellungen über die deutsch-französischen Beziehungen geklärt haben. Diese Kritiker müssen auf einen anderen Vorfall aufmerksam gemacht werden. Anfang November 1927 hat der Reichstagsabgeordnete Herr v. Tirpitz in Stockholm einen Vortrag gehalten, der zusammen mit einigen Interims die schwedische Öffentlichkeit stark befeuert. Der Vortrag, betitelt „Deutsch-schwedische Kulturzusammenhänge“, war vorantastend von der Dautsch-schwedischen Gesellschaft, an deren Spitze der Gesandte v. Rosenberg steht, er behandelt aber fast ausschließlich politische Fragen. Infolge dieser Reden v. Tirpitz in Interims über den Kampf der Flotte 1918. Er meinte, die Flotte hätte im Oktober 1918 größte Aussichten für einen entscheidenden Kampf gegen die englische Flotte gehabt. Die Resolution habe den Sieg verhindert.

Der Krieg, sagte er, wurde nicht von der Entente gewonnen, sondern von den deutschen Revolutionären für die Entente. (Lebhafte Heul! hört! links.)

Das Auftreten des Herrn Admirals ist selbst in Schweden als peinlich und latios empfunden und bezeichnet worden. (Sehr gut! links.) Die liberale „Dagens Nyheter“ schrieb: „Tirpitz stellt seine Behauptungen fort, die schwedische Gastfreundschaft zur Propagierung deutschnationaler Parteidogmen zu benutzen.“

Kann das Auswärtige Amt solche Veranlassungen unterlassen? Mit dem stark schwarzweißen Herrn v. Rosenberg muß einmal ein ernstes Wort gesprochen werden. (Sehr gut! links.)

Tirpitz hat die Gelegenheit des Vortrags benutzt, um die Döschstahler von der Tribüne herab zu verkünden, während der Unterhandlungsausflug des Reichstags zu entgegengekehrten Feststellungen gelangt ist.

Wie werde ich Diplomat?

Das Auswärtige Amt versucht die Frage der Sozialattachés in der Weise zu lösen, daß es Sachverständige des Reichsausschusses zur Anweisung der ständigen Beamten der Botschaften ins Ausland schickt. Das ist keine Lösung und es besteht eine gewisse Gefahr darin, wenn sich das Auswärtige Amt gegen alles, was außerhalb der geltenden Räume des Auswärtigen Amtes aufgewachsen ist, abschließt. Die Herren können nicht alle diese Fragen von Grund aus studieren: das Völkerrecht, Geschichte, Nationalökonomie, Sozialpolitik und dergleichen und alles wirklich gleichzeitig beherrschen. Aber man läßt von außen niemand herein. Ich kann mir vorstellen, daß es Kenner der wirtschaftlichen Fragen draußen im Lande und auch in anderen Ministerien gibt, aber sie werden nicht zugelassen. Allerdings bei unserem Kollegen, dem Herrn Bismarck, war die Zulassung zum Auswärtigen Amt nicht ganz so schwer. Wohl ist, daß da ein Enkel billt (Heiterkeit.) Dieses Prinzip darf nicht in der bisherigen Starrheit durchgeführt werden, wenn nicht Gefahr sein soll, daß die vorhandenen Kräfte, die im diplomatischen Dienst verwertet werden können, nicht ausgenutzt werden. Allerdings, auf der anderen Seite wäre es außenpolitisch ungeheuer bedenklich, wenn zu den bisherigen Beamten im auswärtigen Dienst auch noch Militär- und Marineattachés hinzugefügt würden.

Die Erziehung des ganzen Nachwuchses erscheint mir nicht durchweg einwandfrei. Ich rede nicht von den wissenschaftlichen Kurien, aber wir hören, daß neuerdings

Kellerrunde und Automobilsführerkurse zum ordentlichen Lehrgang gemacht werden (Heiterkeit.), daß den jungen Herren sogar nahegelegt wird, bei welchem Schneider in Berlin oder anderswo sie ihre Anzüge machen lassen sollen. (Heiterkeit.)

Das lenkt doch die Aufmerksamkeit auf Gegenstände, die eine Beschäftigung mit anderen Dingen, besonders mit sozialpolitischen und Arbeiterfragen, die allerdings nicht vornehm sind, in den Hintergrund treten. Das Auswärtige Amt ist kein exklusiver Klub und soll es nicht sein. Man sollte deshalb den Diplomaten keine Ausgaben auferlegen, die sie nicht aus ihrem Einkommen bestreiten können. Es besteht die Gefahr der Bureaucratieisierung des Auswärtigen Amtes.

Bekennst auch zur deutschen Republik?

Unter den höheren Beamten des Auswärtigen Amtes besteht vielfach eine Auffassung über die deutsche Republik, der nicht sehr genügend entgegengetreten werden kann. Hierdurch

Ein Schiele-Scandal.

Eigenmächtige Drofflung der Gefrierfleischverteilung ab 1. Februar.

Nachdem die Reichsparteien bei der Beratung des Haushalts für das Schiele-Ministerium mit ihren Anträgen auf Einführung eines Gefrierfleischzolls von 37,50 M. pro Doppelzentner auf den erfolgreichen Widerstand der Sozialdemokraten und eines Teils des Zentrums stießen, versuchten sie auf andere Weise ihr Ziel zu erreichen. Den Wirtschaftsparteikern genügt offenbar die Annahme eines Antrags der Deutschnationalen im Ausschuss nicht, der die Regierung ersucht, eine Vorlage einzubringen, die das zollfreie Kontingent für die Einfuhr von Gefrierfleisch aufhebt. Sie haben nunmehr einen Antrag eingebracht, der die Aufhebung der Besetzung des § 8 des Zollgesetzes vom 17. August 1925 fordert, die die zollfreie Einfuhr von Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr — zurzeit 120 000 Tonnen jährlich — bestimmt.

Was man im Haushaltsausschuss nicht glücken erreichen zu können, das hoffen die Fleischverteiler im Reichstagsplenum zu erreichen. Nach § 4 des Zollgesetzes hat die Regierung die Zustimmung des Reichstags und eines Ausschusses des Reichstags nämlich das Recht, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder aufzuheben. Ganz gegen ihre sonstige Gesinnung gehen die Reichsparteien jetzt direkt an den Reichstag in der Hoffnung, dort eine Mehrheit für die Drofflung der Volksernährung zu finden. Auf diesem scheinbar einfachen Wege soll das zollfreie

Gefrierfleischkontingent beseitigt und der autonome Zoll von 45 M. je Doppelzentner in Kraft treten.

Doch das Ministerium für die Interessen der Großlandwirte wartet die Entscheidung des Reichstags nicht einmal ab, sondern magt es schon jetzt, das gesetzlich festgelegte Kontingent von 10 000 Tonnen monatlich aus eigener Machtvollkommenheit zu kürzen. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hat das Ministerium für die zum 1. Februar zur Verteilung gelangende Menge bereits eine Kürzung um 15 Proz. angekündigt. Tatsächlich sind es aber 20 Proz., denn statt der gesetzlich zugesicherten Menge sollen für Februar und März nur je 8500 Tonnen zur Verteilung gelangen.

Zweck der Uebung ist, durch diese Kürzung eine Verknappung und damit Preissteigerung des Gefrierfleisches und Anhebung an den Frischfleischpreis herbeizuführen. Dann kann das Ministerium für Unterernährung herrlich nachweisen, die Bevölkerung könne ganz gut auf Gefrierfleisch verzichten, denn es sei nur unwesentlich billiger als Frischfleisch; an diesem sei ein reichliches Angebot vorhanden, es brauche nur gekauft zu werden. Das Reichsernährungsministerium überführt die Bestrafung der Verbraucher für die Verfehlungen des Handels bereits in die Praxis. Es wird sich für sein nicht im Einklang mit dem Gesetz stehendes Vorgehen vor dem Reichstag zu verantworten haben.

werden die jungen Diplomaten ungünstig beeinflusst. Man kann sich da nicht wundern, daß auch die Stimmung in den Missionen im Ausland sich in gleicher Richtung bewegt. Der Verfassungstag muß in den deutschen Auslandsmissionen feierlich begangen werden. Zu verlangen ist ferner eine stärkere Demokratisierung der deutschen Missionen im Ausland.

Wie steht die Sozialdemokratie zur Außenpolitik?

Mit der Führung der Außenpolitik sind meine Parteifreunde einverstanden. Die Erfüllungspolitik hat uns allerdings zwangweise auf einen Leidensweg geführt. Aber die Deutschnationalen haben mit dazu beigetragen, daß die Dames-Listen uns aufgesetzt wurden. Wir mühen unsere Verpflichtungen erfüllen, so lange wir dazu imstande sind, um den guten Willen zu zeigen, und um durch eine solche Politik den Trägern der Verantwortung auf der anderen Seite Gelegenheit zu wirksamen Handeln zu geben. Man sagt, in der auswärtigen Politik könne sich leicht eine nationale Einheitsfront bilden. Wir glauben nicht an eine solche Volksgemeinschaft. In gewissen praktischen Fragen können wir allerdings übereinstimmen. Man wird uns Sozialdemokraten bei allen Maßnahmen als Helfer finden, die auf eine Sicherung des Friedens hinauslaufen. Darum unterstützen wir auch die gegenwärtige Außenpolitik. Die Denkschrift der Reichsregierung enthält recht präzisierende Gedanken, sie sagt, man müsse dem Frieden nicht — durch Vorbereitung des Krieges. Hoffentlich hat Herr Schiele diese Denkschrift vor der Ablehnung gesehen, sonst könnte es zu unerfreulichen Auseinandersetzungen im Kabinett kommen. (Heiterkeit.) Draußen im Lande schloßen die Deutschnationalen allerdings ganz andere Töne an als diese Denkschrift.

Mußt du den Frieden, bereite ihn vor!

Es genügt nun aber nicht, sich so zum Frieden zu bekennen, wie die Regierung es tut. Der Friede ist nicht nur eine Angelegenheit des guten Willens, sondern auch der technischen Organisation. Wer den Frieden will, muß auch die praktischen Wege dazu gehen. Eines dieser Wege ist die internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Die deutsche Thesen für die Abrüstung führt sich auf Artikel 5 des Versailler Vertrages, der die allgemeine Abrüstung abhängig macht von der deutschen Abrüstung. Frankreich stützt sich auf Artikel 8 des Statuts des Völkerbundes, der das Recht der Abrüstung abhängig macht von dem Stand der internationalen Sicherheit. Wir halten an der deutschen Thesen fest und glauben, daß auch bei dem gegenwärtigen Stand der Sicherheit mit der Abrüstung der anderen zum mindesten der Anfang gemacht werden könnte. Wir freuen uns, daß die deutsche Regierung trotz aller Bedenken entschlossen ist, die jaluative Klausel des Statuts des Internationalen Gerichtshofes zu unterzeichnen. Die Verträge zur Ausführung der Vöden des Völkerbundesstatuts sind zum Teil sehr bedenklich, weil sie nahe an den Begriff von Allianzen grenzen.

Trotzdem begrüßen wir alle diese Schiedsverträge wegen ihrer Tendenz, auch den mit Herrn Bismarck aus Rom. Allerdings hindert uns das nicht, gleichzeitig unsere schärfste Kritik billigung auszusprechen gegen die Verfolgungen, die der Diktator von Litauen gegen unsere Genossen richtet. (Beifall bei den Sozial.) Man kann bei Schiedsverträgen nicht auf die inneren Verfassungszustände eines anderen Landes Rücksicht nehmen. Hoffentlich führt dieser Vertrag zu einer Annäherung Litauens an die westlichen Verfassungszustände.

Andere Staaten brauchen sich übrigens über diese Verträge nicht aufzuregen. Wir haben ja schon längst einen solchen Vertrag mit Sowjetrußland.

Wir hoffen ja auch auf den Abschluß des Handelsvertrages mit Polen. Ich hätte mir gewünscht, daß die energische und klare Stellungnahme des Außenministers in der polnischen Frage auch Herrn Schiele und seinen Freunden zu Gehör gebracht würde. Wir hoffen für die Verhandlungen, daß auch Polen ernstliches Entgegenkommen zeigt und daß es gelingt, besonders das Niederlassungsrecht zu regeln, wie es unter Kulturdiktoren üblich ist.

Locarno muß fortwirken!

Leider erklärt England in dieser Denkschrift zum Schiedsgerichtshof, daß es nichts habe von der Unterchrift unter die Jaluative Klausel, daß es sogar Bedenken erhebe gegen die Zwangsgerichtsbarkeit in Rechtsfragen. Deutschland sollte nun endlich praktische Vorschläge für den Ausbau des Schiedswesens machen. Man könnte z. B. die Idee von Locarno erweitern, und den Vorschlag Norwegens, daß ein Vorschlag des Rates, wenn er einstimmig angenommen worden ist, auch bindenden Charakter bekommen soll. Deutschland sollte alles tun, um eine Entwicklung in dieser Richtung zu unterstützen. Deutschland hat die Aufgabe, aus dem Völkerbund das denkbare wirksamste Instrument zur Abwehr von Kriegen zu machen. Dazu gehört allerdings auch eine andere innere Einstellung Deutschlands zum Minoritätenproblem. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Waffentransportangelegenheit aus Italien nach Ungarn vor den Völkerbund kommt. Die Wurzel der Kriege, die in der kapitalistischen Wirtschaft liegt, kann auch der Völkerbund nicht beseitigen, wohl aber kann er die Dämme gegen den Ausbruch von Kriegen verstärken.

Sozialdemokratie für Rheinlandräumung!

Dr. Quack hat behauptet, auf der Luxemburger Konferenz vom November 1926 seien wir zum weitestgehenden Zugeständnis an Frankreich hinsichtlich der Besetzung der Rheinlande. Diese Vorwürfe hat schon mein Parteikollege Müller zurückgewiesen, und wenn Paul Boncour anderer Meinung sein sollte als wir, dann weise ich darauf hin, daß der französische Sozialdemokrat

Brade kurz nach dem Stier Parteitag erklärt hat, es erscheine ihm unmöglich, daß Deutschland, nachdem es seinen Platz im Völkerbund eingenommen hat, große Teile seines Gebietes weiter von fremden Truppen besetzt sieht. Wir deutschen Sozialdemokraten haben immer betont, daß Deutschland einen Anspruch auf die Räumung hat. Wir haben auch niemals irgend welche Zugeständnisse in der Frage der Kontrolle gemacht. Wir sind einverstanden mit Völkerbundskontrolle, wenn sie allgemein ist, und mit einer speziellen Kontrolle für die Rheinlande bis 1935. Vor allem aber ist das Rheinland sobald wie möglich im Interesse der deutsch-französischen Verständigung zu räumen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial.)

Au die deutschnationalen Mundspitzer.

Was aber haben nun die Herren Deutschnationalen, seit sie in der Regierung sitzen, außenpolitisch errätet? Sie hatten doch soviel versprochen. Da hat kürzlich ein abgehaltener General bei einer deutschnationalen Weihnachtsfeier in Pommern gesagt, er hätte den Wunsch, Steinhilber möchte auch einmal besetzt werden, damit die nationale Gesinnung seiner Bevölkerung gestärkt werde. (Lebhafte Heul, hört! links.) Wie leicht könnten die französischen Militaristen solche Worte zum Anlaß nehmen, sie wirklich wahr zu machen. Ueberhaupt sind die deutschnationalen Erfolge in der Außenpolitik gleich Null.

Gerade in dem Jahr, wo die Deutschnationalen in der Regierung saßen, hat sich der Reparationskommissioner ganz besonders als Finanzdiktator aufgepielt und was haben Sie (zu den Sozial.) dagegen einzuwenden? Nicht einmal ein Wort des Protestes haben Sie gefunden!

In diesem Jahr noch wird sich entscheiden, welche Politik die richtige war. Wir haben Raumhaken nicht nur in Deutschland, sondern auch in Frankreich und Belgien und vielleicht auch in Polen. Es wird sich entscheiden, welche Politik von Dauer sein wird, was aus Deutschland, was aus Europa, was aus dem Völkerbund wird. Dabei kommt es nicht darauf an, daß wir eine Regierung in Deutschland, sondern, was für eine Regierung wir haben. Wir hoffen angehöres des völligen außenpolitischen Fiaskos des Bürgerblades, daß es eine Regierung sein wird, die bereit ist, in Gemeinschaft mit der Arbeiterschaft für den Frieden und die Verständigung der Nationen praktisch zu arbeiten. (Lebhafte Beifall bei den Sozial.)

Hg. v. Freytag-Loringhoven (Drot.) erklärt: Die Erklärungen der sozialdemokratischen Redner zur Besetzungsfrage klingen mir. Genugtuung begrüßt werden. Die Deutschnationalen könnten Tatsachen, die eine frühere Regierung geschaffen hat, nicht von heute auf morgen beseitigen. Sie müßten verhindern, das beste aus ihnen zu machen, und das vertragen sich durchaus mit der Kritik an der Politik, die zu Locarno und Genf geführt habe. Deutschlands Aufgabe im Völkerbund sei die Befestigung des Rechtsgedankens. Wenn die französische Öffentlichkeit diesen Gedanken ablehnt, beweist das nicht, daß der Gedanke falsch ist, sondern nur, daß er nicht hand in hand mit Frankreich

verwirklicht werden kann. Vielleicht wollte Frankreich eine Verständigung mit uns in der Zeit seiner Wirtschaft- und Finanznot. Heute scheint es sie nicht zu wollen. Das erkennen wir nicht nur aus seiner Haltung im Rheinlande und in Genf, sondern auch aus seiner Dtpolitik. Wenn Frankreich den Rechtsgedanken ablehnt, bieten sich uns andere Bundesgenossen. Die neutralen und überseeischen Staaten wollen gleich uns den Völkerbund in den Dienst des Rechts, der Wirtschaft und Kultur stellen. Mit ihnen müssen wir zusammengehen. Zugleich ergeben sich Verbindungslinien zu den natürlichen Gegenspielern, in erster Reihe zu Italien.

Auf stürmische Jurse der Linken antwortet der Redner, die Deutschnationalen müßten internationale Abkommen „bis auf weiteres amwehren“. Und weiter: „Wenn die Außenpolitik erfolglos bleibt, so deshalb, weil Stresemann die Politik der Linken weiterführt.“

Stresemann prengt auf und protestiert heftig.

Witz ruft: „Hören Sie, Herr Minister, das ist Volksbeitrag!“ Zwischen Volksparteikern und Deutschnationalen entfesseln sich wilde Wortgefechte, zu denen die Sozialdemokraten höhnisch Bravo rufen. Schließlich tritt der deutschnationale Redner ab, ohne daß sich eine Hand oder ein Mund zu Beifall rührt.

Hg. Dr. Bredt (Witzig Spa.) weist auf die gegenwärtige Haltung der französischen Außenpolitik hin, die in keiner Weise die an Locarno und Dötrin geknüpften Hoffnungen erfüllt habe.

Hier wird die außenpolitische Aussprache unterbrochen durch die am Sonnabend zurückgestellten

Abstimmungen zum Justizetat.

Die Anträge und Entschlüsse der Oppositionsparteien werden abgelehnt, die demokratische Cassifikation auf Uebernahme der Justizhoheit der Länder durch das Reich im Hammelvertrag mit 172 gegen 134 Stimmen. Für diese Entscheidung hat auch ein Teil der Deutschen Volkspartei gestimmt. Der Etat wird nach den Vorschlägen des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen.

Ohne Aussprache wird das Abereinkommen und Statut über die internationale Rechtsordnung der Seeschäfen in zweiter und dritter Beratung angenommen. Um 18 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der außenpolitischen Debatte auf Dienstag, 15 Uhr, vertagt.

Deutschnationale gegen Luther.

Der Idealist Luther. — Geld stinkt nicht.

Das offizielle Parteiorgan der Landesverbände Berlin und Potsdam der Deutschnationalen Volkspartei, die „Deutschnationale Tagespost“, richtet an der Spitze des Blattes unter der Schlagzeile „Der Idealist Luther. — Geld stinkt nicht“, den folgenden scharfen Angriff gegen Herrn Luther:

„Dr. Luther hat sein Verbleiben im Verwaltungsrat der Reichsbahn, in den er nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes bekanntlich widerrechtlich berufen wurde, auch damit begründet, daß ihm ja kein finanzieller Vorteil aus dieser Stellung erwachse. Denn seine Bezüge im Verwaltungsrat der Bahn würden ihm ja auf seine Reichstanzlerpension angerechnet. Herrn Dr. Luther ist da anscheinend ein Rechenfehler unterlaufen. Denn als Reichstanzler hat er eine Pension von 18 285 M. jährlich; bei der Reichsbahn aber beträgt seine Verwaltungsratsentlohnung nach unwidersprochenen Veröffentlichungen 35 000 M. Der Reichsbahnposten verdoppelt also sein Einkommen annähernd, trotz aller Verrechnung. Und somit erhält die „moralische Pflicht“, auf dem Posten auszuharren“, die Herr Dr. Luther in den Vordergrund schob, glücklicherweise eine feste materielle Basis.“

Der Angriff ist sachlich wohlfundiert, er deckt sich in der Sache mit unseren Veröffentlichungen über Luthers Interessiertheit, und in der Form wörtlich mit einer Notiz, die gestern im „Montag-Morgen“ erschien.

Aber wird die deutschnationale Reichstagsfraktion Herrn Marx auffordern, nun Fraktur mit Herrn Luther, dem Kleber, zu reden?

KPD. gegen Einheitsrepublik.

Für die Justizhoheit von Lippe.

Der Reichstag hat sich gestern blamiert. Er hat mit 172 gegen 134 Stimmen eine demokratische Entschliebung, die Schritte zur Überleitung der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich verlangt, abgelehnt. Für die Vereinfachung stimmten außer den demokratischen Antragstellern auch die Sozialdemokratie und die Volkspartei, gegen sie die Rechte und das Zentrum.

Am genialsten benahmen sich dabei die Kommunisten. Sie blieben „revolutionär“ — und machten nicht mit. Sie blieben während der Ausdebatte trübsinnig vor der Tür und spazierten, erst als die Abstimmung geschlossen war, von allgemeinem Gelächter empfangen, in den Saal.

Die Bäckerscheitler und Schikanen, die die deutsche Zerrissenheit gerade auf dem Gebiet des Justizwesens zeltigt, gehören zu den allerstimmtesten. Daß der Offenbacher Bürger, der einen Rechtsstreit in zweiter Instanz auszufechten hat, statt über die Rheinbrücke nach Frankfurt zu gehen, mit der Bahn nach Darmstadt fahren muß, ist von hundert Beispielen nur eines.

Die kommunistischen Weltrevolutionäre haben durch ihre Passivität mitgeholfen, diese grotesken Zustände aus der grauen Vorzeit zu konservieren. Theoretisch sind sie für die Sowjetrepublik. Praktisch betätigen sie sich als Nachwächter des monarchistischen Partikularismus.

Die Phoebeus-Affäre.

Doppelte Berichterstattung — zu welchem Zweck?

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches wird dem Reichstag schon in absehbarer Zeit einen Bericht über die Phoebeus-Affäre vorlegen.

Es ist auffallend, daß dem Reichstag nicht der Bericht des Reichsrechnungshofes, sondern ein besonderer Bericht über den Phoebeus-Standal vorgelegt werden soll. Schließlich ist doch der Reichsrechnungshof identisch mit dem Präsidenten des Reichsrechnungshofes, da beide Ämter von Dr. Soemisch in Personalunion verwaltet werden. Angeblich sollen gesetzliche Gründe für die unterschiedliche Behandlung maßgebend sein. Wir sind nicht in der Lage, die Gründe hierfür ohne weiteres anzuerkennen. Letzten Endes muß doch der Bericht des Rechnungshofes auf das gleiche hinauslaufen wie der Bericht des Reichsrechnungshofes. Warum also doppelte Arbeit? Oder plant man etwa, den Reichstag nicht über alle Einzelheiten zu unterrichten?

Oesterreicher in den Reichstag!

Die Einbürgerung der Deutschösterreicher muß erleichtert werden.

Auf einem Vortragsabend des österreichisch-deutschen Volksbundes im Reichstag sprach Ministerialdirektor Dr. Falk über die zwei Staatsangehörigkeiten der Reichsösterreicher und Deutschösterreicher. Die rechtliche Stellung des Deutschösterreichers ist bei uns nicht anders als die jeden Ausländers; mit Ausnahmen in einzelnen Punkten kann jeder Deutschösterreicher wie jeder Ausländer ausgewiesen werden, ohne irgendwelche erfolgversprechende Rechtsmittel dagegen zu haben. Im Sinne der allgemein erstrebten späteren Vereinigung der beiden Republiken könnte schon vorher die doppelte Staatsangehörigkeit geschaffen werden. Dafür würden mehrere Möglichkeiten bestehen: durch Gesetz des einen Staates die Angehörigen des anderen zu eigenen Staatsbürgern zu machen, oder die Einräumung eines Rechtes auf Einbürgerung oder wesentliche Erleichterung der Einbürgerung. Das Verbot von Versailles, vielleicht noch mehr die Genfer Sanierungsprotokolle Seipels über die Aufrechterhaltung der „Unabhängigkeit“ Deutschösterreichs stehen einer weitgehenden allgemeinen Regelung im Wege. Ein Antrag Koch-Weiser vom 13. September schlägt vor, daß in Deutschland wohnende Deutschösterreicher auf Antrag eingebürgert werden müssen, dabei soll die alte Staatsangehörigkeit beibehalten werden, wenn auf sie nicht ausdrücklich verzichtet wird. Das würde mit den internationalen Abmachungen vereinbar sein. Würde der Vorschlag Gesetz, dann könnten die größeren politischen Parteien sänbig Deutschösterreicher in den Deutschen Reichstag und entsprechend die österreichischen Parteien Reichsösterreicher in den Oesterreichischen Nationalrat entsenden.

Zunehmende Tätigkeit des Krakatau.

Amsterdam, 30. Januar.

Einer Meldung des „Telegraaf“ aus Batavia zufolge beginnt die Tätigkeit des Vulkans Krakatau wieder zuzunehmen.

„Hier steh' ich, ich kann nicht anders!“



Vier Jahrhunderte mußten vergehen, bis ein zweiter Luther entdeckte, daß die berühmten Worte des ersten nicht nur auf geistige, sondern auch auf materielle Standpunkte anwendbar sind!

Schweizer Genossen im Bundesrat

Ein bedeutender Beschluß.

Bern, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz beschloß auf einer Tagung des Parteiausschusses in Bern mit 113 gegen 97 Stimmen, sich an dem schweizerischen Bundesrat in Zukunft zu beteiligen. Für die beiden freien Ministerien, die durch Parlamentswahl in der nächsten Zeit zu besetzen sind, sollen als sozialdemokratische Kandidaten Robert Grimm und Grosspierre in Vorschlag gebracht werden.

Dieser Beschluß, der, wie schon das Stimmenverhältnis beweist, scharf umstritten wurde, bedeutet einen wichtigen Markstein in der Geschichte der Schweizer Sozialdemokratie. Der Bundesrat, der aus sieben Mitgliedern besteht, besitzt in der Eidgenossenschaft die Exekutivgewalt, während die legislative (gesetzgebende) Gewalt von den beiden Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat ausgeht, sofern nicht das Volk selbst durch Plebiszite (Volksabstimmungen) seine Befehle selbst beschließt. Der Bundesrat stellt also die Schweizer Regierung dar und wird von den beiden Kammern nach dem Grundgesetz der Verhältnismahl gewählt.

Nach den letzten Wahlen, die einen starken Gewinn den Sozialdemokraten einbrachten, hätten unsere Genossen Anspruch auf zwei Bundesratsitze gehabt. Die Mehrheit des letzten Parteitages lehnte jedoch noch vor einem Jahre die Beteiligung an der Regierung aus grundsätzlichen Gründen ab. Die Schweizer Partei ist bekanntlich noch von der Kriegszeit her sehr radikal, vier Jahre hindurch wogerte sich die Mehrheit, den Anschluß an die 1923 in Hamburg neugegründete Sozialistische Arbeiterinternationale zu vollziehen, und erst im vergangenen Winter wurde dieser Anschluß gegen eine

starke Minderheit beschlossen. Inzwischen war damals die Entwicklung in der Partei noch nicht so weit gediehen, daß auch schon die Beteiligung an der Regierung zusammen mit Vertretern der bürgerlichen Parteien beschlossen werden konnte. In den letzten Monaten ist jedoch die Bewegung gegen die Abstinenzpolitik immer stärker geworden, gestützt auf die nicht ungunstigen Erfahrungen, die unsere Genossen in solchen Kantonen gemacht haben, wo sie sich an der Regierung beteiligten. In der Tat war der innere Widerspruch auf die Dauer unhaltbar, der darin lag, daß die Parteigenossen in den einzelnen Kantonen „Koalitionspolitik“ machen durften, eine Beteiligung an der zentralen Bundesregierung jedoch weiter ablehnten. Da der Bundesrat, wie erwähnt, proportional zusammengesetzt ist, hätte die konsequente Durchführung des bisherigen Standpunktes zur Folge gehabt, daß die Schweizer Sozialdemokratie, um nicht mit bürgerlichen Bundesräten zusammen zu regieren, überhaupt niemals der Beteiligung am Bundesrat zugestimmt hätte; auch dann nicht, wenn sie über 50 Proz., ja über 80 Proz. der Stimmen im ganzen Lande erreicht haben würde!

Es besteht also in der Schweiz aus verfassungsrechtlichen Gründen — ähnlich wie jetzt in den einzelnen österreichischen Ländern — der Zwang zur Koalitionsregierung, dem man sich nur durch völlige, grundsätzliche Abstinenz entziehen kann. Das hat die Mehrheit der Schweizer Parteigenossen erkannt und wir haben die Zuversicht, daß die Erfahrungen der Zukunft ihnen beweisen werden, daß sie durch ihren Berner Beschluß den einzigen Weg beschritten haben, auf dem man etwas Praktisches im Interesse der Arbeiterschaft erreichen kann. Dann wird auf künftigen Parteitagen jene Entscheidung, die gestern noch so hart umkämpft wurde, ganz von selbst aus den Diskussionen verschwinden.

Generäle im Wahlkampf.

Nicht nur Foch, sondern auch Weygand.

Paris, 30. Januar.

Das Abendblatt „Le Soir“ schreibt unter der Überschrift „Der Große Generallstab im Dienste der Reaktion“ einen Artikel, der durch die Tatsache veranlaßt ist, daß General Weygand dieser Tage in voller Uniform bei einem Vortrag, der dem Kampfe gegen den Kommunismus galt, den Vorstoß führte und sich an der Debatte beteiligte. In Bezug auf Marshall Foch beruft sich das Blatt auf die gestrige Rede des Marschalls in Pizzo, in der er ein Wahlmanifest zugunsten des Nationalen Blochs entwickelt habe (siehe Montagabendausgabe des „Vorwärts“). Poincaré habe dieser Tage in der Kammer erklärt, die Marschälle von Frankreich, die Generale, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten müßten außerhalb der Politik stehen.

Zwei traurige Unglücksfälle.

Gestern Abend gegen 18 Uhr kam die 14jährige Gertrud Seidel aus der Hauptstr. 57 zu Buchholz auf tragliche Weise ums Leben. Das Mädchen war auf dem Laubengelände ihrer Eltern mit

Wasserschöpfen beschäftigt. Sie verlor plötzlich das Gleichgewicht und stürzte in den etwa vier Meter tiefen Wassergraben. Als der Vater, der gleichfalls auf dem Laubengelände weilte, durch das Ausbleiben des Mädchens beunruhigt wurde und nach ihrem Fernbleiben forschte, fand er sein Kind im Wasser leblos auf. Der Vater schaffte sein Kind zum nächsten Arzt, der indes nur noch den Tod feststellen konnte. Die Leiche wurde postmortale besichtigt und in das Schauhaus gebracht.

Auf der Ausbesserungswerkstatt II der Reichsbahn ereignete sich gestern Abend ein folgenschwerer Unfall. Beim Auswechseln der Maschinen wurde der 42jährige Eisenbahnhilfsarbeiter Alfred Selter zwischen zwei Maschinen so unglücklich eingeklemmt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Eine Untersuchung über die Schuldfrage wurde sofort eingeleitet. Die Leiche des Verunglückten wurde besichtigt und in das Schauhaus gebracht.

Die milde Stiftung.

So ist denn wieder Weg geschafft
Zum Ziel der inneren Entgiftung:
Graf Kalkreuth sprach: „Die Landwirtschaft
Gleicht heute einer milden Stiftung.“

Mit Zulauf ihres Kapitals
Sorgt sie sich um die Massenpeinung.
Man nahm dies außerhalb des Saals
Hin als rhetorische Entleerung.

Zu Unrecht. Geht am Abend nur
Spazieren durch die Weinlände,
Manche ostelbische Statur
Treffst ihr beim Samoritermahl.

Die dort versorgt mit Speis' und Trank —
Laßt eure Nahrungstränen rinnen,
Beziehungweise: laßt euch trank! —
Die allerletzte Sündenrinnen... Jonathan

„Ende gut, alles gut!“

(Neueinstudierung im Schillertheater.)

Hoffmann-Harnisch als neuer Regisseur des Staatstheaters, unterstügt von Birhan, dem Bühnenbaumeister. An schwacher Schachspare aus der Jugendzeit, da das Lustspiel für den Mann aus Straßburg noch ein bloßer Kulissenberg und noch nicht der Ausgangspunkt für die melancholische Menschenfiese ist. Hoffmann-Harnisch also als dramaturgischer Retter ein Einpottler. Ob das gelang? R. S.

Zusammenspiel der Unternehmer.

Im Kampf in Mitteldeutschland

Dortmund, 30. Januar. (Eigenbericht.)

Rheinisch-westfälische Großindustrielle haben die zuständigen Stellen in Berlin wissen lassen, daß sie wegen der allgemeinen Auswirkungen des Konflikts in der mitteldeutschen Industrie an den Vorgängen in Sachsen in erheblichem Maße interessiert sind. Aus diesem Grunde ersuchten sie die zuständigen Stellen, bei ihren Beschlüssen die allgemeinen und gemeinsamen Interessen der mitteldeutschen und der rheinisch-westfälischen Industrie zu beachten. Wie verlautet, ist zwischen den mitteldeutschen und den rheinisch-westfälischen Industriellen ein Solidaritätsvertrag abgeschlossen worden, der eine finanzielle Unterstützung der durch den Arbeitskampf in ihrer Existenz bedrohten mitteldeutschen Werke aus dem Kampffonds der rheinisch-westfälischen Industrie vorsieht.

Eine Veröffentlichung der „Kölnischen Zeitung“ über die zwischen den mitteldeutschen Stahlwerken und der rheinisch-westfälischen Industrie geführten Besprechungen zur gegenseitigen Sicherung hat in Gewerkschaftskreisen außerordentliches Aufsehen hervorgerufen und zu einer erheblichen Verschärfung der Lage geführt.

Hannover, 30. Januar. (WIB.)

Morgen treten, wie bekannt wird, die Vorstände und Ausschüsse der Verbände der Metallindustrie in Braunschweig und Hannover zusammen, um aus Anlaß des schwebenden Arbeitskonflikts über Maßnahmen zum Schutze der mitteldeutschen Metallindustrie im Bezirk Magdeburg-Halle-Anhalt zu beraten.

Halle a. d. S., 30. Januar. (Eigenbericht.)

Den streikenden Metallarbeitern kommt die Meldung, daß die rheinisch-westfälischen Großindustriellen mit den mitteldeutschen Metallindustriellen gemeinsame Sache machen wollen, nicht überraschend. Das indirekte Eingreifen der rheinisch-westfälischen Industriellen in den mitteldeutschen Metallarbeiterkampf ist ein Beweis dafür, in wie schwieriger Position sich die betroffenen Firmen befinden.

Zur Erläuterung ihrer Lage ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß z. B. die größeren halleischen Maschinenfabriken sich in der Hauptsache mit der Produktion von Ausfuhrgut beschäftigen und an kurzfristige Lieferungsverträge gebunden sind. So stellen die beiden größten eisenerarbeitenden Betriebe Maschinen für holländisch-Indien her, die für die im Mai beginnende Zuckerkampagne unbedingt an Ort und Stelle sein müssen.

Die französische Kunstseidenindustrie trägt sich ebenfalls mit der Absicht, wieder größere Maschinenaufträge zu vergeben. Vertreter des bedeutendsten französischen Kunstseidenkonzerns waren vor kurzem in Halle, um die Bedingungen eventueller Lieferungen zu prüfen. Es liegen außerdem nicht unbedeutende Aufträge aus der inländischen chemischen Industrie vor.

Man kann sich also ein Bild von der Nervosität der mitteldeutschen Metallindustriellen und von der Größe ihrer Wünsche machen, entweder den Streik sobald als möglich beenden zu sehen oder aber in irgendeiner anderen Weise — und dazu soll der Vertrag mit der Ruhrindustrie dienen — entschädigt zu werden.

Um die allernotwendigsten Arbeiten herauszubringen, wird auf die Werkmeister und die übrigen Angestellten-Kategorien der unglaublichste Druck ausgeübt. Die im Werkmeisterverband organisierten Werkmeister haben sich jedoch bis zur Stunde standhaft geweigert, Streikbrecherarbeit zu leisten, obwohl man ihnen direkt oder indirekt mit Entlassung gedroht hat. Der Werkmeisterverband wird sich in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Versammlung mit der Frage beschäftigen, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Interessen seiner Verbandsangehörigen wahrzunehmen.

Um wenigstens die bereits fertiggestellten und für holländisch-Indien bestimmten Maschinen exportieren zu können, bedient man sich zum Teil einer Kategorie von Arbeitern, die mit der Verladung von Maschinenteilen nicht im geringsten vertraut ist. Die halleische Maschinenfabrik hat dafür am Sonnabend ihr gehörige Lektion erhalten. Eine auf dem Verladebahnhof Halle-Süd zum Abtransport fertiggestellte Waggonladung stürzte um, riß eine 6 Meter lange Mauer ein, die Maschinenteile wurden zerstört und der Eisenbahnwagen schwer beschädigt. Der entstandene Schaden wird auf rund 150 000 Mark geschätzt.

Alles in allem, die Meldung aus Dortmund (sowohl wie die allgemeine Streiklage zeigt, daß der Metallarbeiterkampf gut steht, daß von einem Abbröckeln der Front keine Rede sein kann, und daß die Sorgen der Unternehmer infolgedessen von Tag zu Tag größer werden.

Die Unternehmer der mitteldeutschen Metallindustrie, die sich durch ihre Lokale in eine Sackgasse verrammt haben, rufen also ihre Kollegen in den Nachbargebieten zu Hilfe. Man scheint sich im Unternehmerlager mit dem Gedanken zu tragen, den Kampf über das Ländgebiet Mitteldeutschlands auszudehnen. Der Reizfall

kann den Unternehmern also nicht groß genug sein. Und die Wahlerfolge der Sozialdemokratie sind ihnen offenbar noch zu klein.

Verbot der Streikunterstützung in der sächsischen Hüttenindustrie.

Dresden, 30. Januar.

Auf Antrag des Verbandes der Metallindustriellen hat das Dresdener Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung erlassen, durch die den Gewerkschaften verboten wird, den streikenden bzw. ausgesperrten Arbeitern in der sächsischen Hüttenindustrie Streikunterstützung zu zahlen. Im übrigen ist die Lage unverändert. Am kommenden Donnerstag steht vor dem Arbeitsgericht der erste Termin an. Der deutsche Metallarbeiterverband hat gegen die einstweilige Verfügung des Arbeitsgerichts Einspruch erhoben.

Gegen den Achtstundentag am Bau. Neue Winkelzüge.

Ueber die Arbeitszeit im Baugewerbe wurden in den letzten Tagen in verschiedenen Freistaaten wie Preußen, Baden und Thüringen Verhandlungen zwischen den zuständigen Ministerien und den Organisationen geführt. Das Reichsarbeitsministerium hat bekanntlich dem Drängen der Bauunternehmer bis zum gewissen Grade nachgegeben und die Frage erwogen, ob für die wärmere Jahreszeit die Arbeitszeit im Baugewerbe in den einzelnen Ländern verlängert werden könne. Es hat sich aber gezeigt, das heiße Eisen selbst in die Hand zu nehmen, d. h. selbst eine Entschädigung zu treffen. Die Bauunternehmer bestärkten deshalb seit Wochen die Länderregierungen, von sich aus jetzt die Arbeitszeitverlängerung vorzunehmen.

Zu den Verhandlungen im preussischen Handelsministerium waren nicht alle Arbeiterorganisationen eingeladen worden; die Besprechungen mußten deshalb vertagt werden. Die Arbeitervertreter erklärten, das Ministerium solle zunächst einmal die Wünsche der Unternehmer entgegennehmen und dann später Arbeiter und Unternehmer zu gemeinsamer Aussprache einladen.

Die Eile, womit das preussische Handelsministerium den Wünschen der Bauunternehmer entgegenkommt — denn noch sind über 50 Proz. der Bauarbeiter arbeitslos — berührt etwas eigenartig. Das Handelsministerium wird sich doch hoffentlich darüber im klaren sein, daß der Standpunkt der baugewerblichen Arbeiterorganisationen in der Arbeitszeifrage unverrückbar der alte bleibt. Die Bauarbeiter haben auch 1923/24 den Achtstundentag gehalten. Sie werden ihn — darüber mühten sich Unternehmer und Minister endlich klar sein — auch 1928 zu verteidigen wissen.

Die deutsche Sprache im IZA.

Sie muß zur offiziellen Sprache erklärt werden.

Von unterzeichneten Seite wird uns mitgeteilt: Im „Lormärts“ vom 27. Januar 1928, Nr. 45, wird der auf der letzten Ausschusssitzung des IZA gefaßte Beschluß, die deutsche Sprache zur offiziellen Amtssprache des Internationalen Arbeitsamts zu erheben, bekanntgegeben. Dieser erfreuliche Beschluß gibt Veranlassung, eine sachliche Darlegung des jetzigen Zustandes zu geben.

Die sogenannten „offiziellen“ Sprachen des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamts sind die englische und die französische Sprache. Alle Veröffentlichungen des Amtes müssen daher in englischer und französischer Sprache herausgegeben werden. Der Schriftwechsel, insbesondere der Schriftwechsel mit Behörden, wird vorwiegend in diesen beiden Sprachen geführt.

Verschiedene Versuche, für die deutsche Sprache die Gleichberechtigung zu erreichen, haben in immer größerem Umfange zur Verwendung der deutschen Sprache geführt. Im Jahre 1927 erfolgte erstmalig die Veröffentlichung des wichtigen Direktorberichts in deutscher Sprache. Vergleicht man nach der Seitenzahl die deutschen Veröffentlichungen mit den Veröffentlichungen in einer offiziellen Sprache, so stellt man folgendes fest: im Jahre 1927 erschienen in einer offiziellen Sprache rund 10 250 Seiten, in der deutschen Sprache rund 6470 Seiten amtliche Veröffentlichungen.

Das Jahr 1927 brachte in der Verwendung der deutschen Sprache im IZA einen weiteren Fortschritt. Die Internationale Arbeitskonferenz beschloß auf Antrag der deutschen Regierung, die Reden von Vertretern in einer anderen als den offiziellen Sprachen durch amtliche Uebersetzer übersetzen zu lassen, soweit diese dazu in der Lage sind. Praktisch bedeutet das einen weiteren Fortschritt für die deutsche Sprache, da die Mehrzahl der beim Internationalen Arbeitsamt beschäftigten Uebersetzer außer englisch und französisch auch die deutsche Sprache vollkommen beherrscht. Weiter wurde ebenfalls durch Beschluß der Internationalen Arbeitskonferenz fest-

gelegt, daß auf Wunsch einer Regierung das Internationale Arbeitsamt eine Uebersetzung der Uebereinkommen und Vorschläge anzufertigen habe. Diese Uebersetzung sei beim Sekretariat des Völkerbundes zu hinterlegen und gelte als authentische Uebersetzung.

Selbst der schärfste Kritiker sollte aber nicht vergessen, daß das Internationale Arbeitsamt ein Organ des Völkerbundes ist. Es wäre zu überlegen, ob nicht auch bei diesem die Gleichberechtigung der deutschen Sprache neben der englischen und französischen gefordert werden müßte. Die politischen Schwierigkeiten, die dort vorliegen, sind zwar groß, sie erscheinen aber nicht unüberwindlich. Jedenfalls wäre ein Vorstoß in dieser Richtung im Interesse einer Klärung der Sprachenfrage bei allen Einrichtungen des Völkerbundes sehr erwünscht.

KPD-Bureaukraten „kämpfen“ um Pfründen Sie sind daher nicht wählerisch in den Mitteln.

In Ermüdung unserer Feststellungen über den Streik bei Gebauer macht die „Rote Fahne“ Geständnisse. Sie erzählt, daß ein gewisser Ratte, hinter dem sie den Inspirator der Enthüllungen vermutet, als Kassierer 300 M. unterschlagen hat. Sie beschuldigt R. weiter, daß er, obwohl Mitglied der Streikleitung, auch mit der Firmenleitung in Verbindung steht oder stand. Ob „einzelne Streikleitungsmitglieder“ an Soustouren teilgenommen haben, kann selbstverständlich nicht nachgeprüft werden. Auch die Zwangsorganisationierung durch Unterstützungsgelder gibt die „Rote Fahne“ zu.

Bei der KPD sind Dinge „selbstverständlich“, die es anderwärts nicht sind. Daß der Betriebsrat zur Streikleitung und zu dem Mann mit dem großen Rosenstrauß nach wie vor Vertrauen hat, glauben wir ihm auf's Wort. Daß es den KPD-Bureaukraten darauf ankam, „Pfründen“ zu erkämpfen, als man den Streik bei Gebauer inszenierte, das braucht uns die „Rote Fahne“ nicht nochmals zu bestätigen. Daß die Sammelkassen verbrannt wurden und niemals eine genaue Rechnungsprüfung erfolgt ist, bestreitet das Stalin-Blatt nicht. Es hätte besser getan, ganz zu schweigen. Fanatisierte und Unwissende kann die KPD noch täuschen. Erprobte Gewerkschafter halten sich bei diesen bolschewistischen Methoden die Nase zu.

Der Abstieg der Stalinisten.

Stuttgart, 30. Januar. (Eigenbericht.)

In Gmünd, der Zentrale der württembergischen Chemiefabrikindustrie, das als eine der sogenannten Kommunistenhochburgen galt, fand am Sonntag die Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Bei der Neuwahl der örtlichen Leitung wurden die letzten Kommunisten herausgewählt, so daß die Ortsverwaltung jetzt ganz in den Händen der Amsterdamer Richtung ist.

24stündiger Proteststreik auf der Bismarckhütte

Bismarckhütte, 30. Januar.

Gestern beschloß eine sehr gut besuchte Versammlung der Arbeiter der Bismarckhütte, die einer sehr stürmischen Verlauf nahm, am 1. Februar in einen 24stündigen Proteststreik gegen die Verschleppung der Einführung des Achtstundentages einzutreten. Gleichzeitig wurde die Forderung erhoben, an diesem Tage einen allgemeinen Betriebsratskongreß einzuberufen, der sich erneut mit der Arbeitszeifrage zu befassen hat.

Keine gelben Gründer im Reichsarbeitsministerium. Der für die Berliner Leitung der gelben Konditorengehilfen vorgezeichnete Referent über Altersversicherung stammte nicht aus dem Reichsarbeitsministerium, wie uns irrtümlich mitgeteilt worden war. Es handelt sich um einen Dr. Bland vom Reichsaufsichtsam für Privatversicherungen.

Die Mitgliederzahl im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, Ortsverwaltung Berlin, die in unserer Sonntagsnummer angegeben ist, wurde errechnet, ohne Berücksichtigung der starken Mitgliederbewegung, Arbeitslosigkeit usw. Die tatsächliche Mitgliederzahl ist also höher als die errechnete.

SPD-Aktion Eisenbahnerkassier Grunewald. Heute, Dienstag, 31. Januar, 15 Uhr, in der alten Kanize, Godesstraße, Behnhofstraße, Versammlung aller SPD-Kassen. Tagesordnung: Die Aufgaben des Partei im Wahljahr 1928. Referent: Eduard Jander, R. d. Z. Erscheinen aller Kassierer ist Pflicht. Der Aktionsvorstand.

Reise Gewerkschaftsleiter nach Berlin. Heute, Dienstag, 30. Januar, 15 Uhr, tagen die Gruppen Humboldt, Jugendheim Göttingen, der Vorhänge, Fortzug, „Sternenkreuz“, „Ehrentag“, Jugendheim Göttingen, 18-20, Aufgang B. nach, Rückfahrt auf das Jahr 1927 (mit V. H. H. H.). — Leipzig: Gruppenheim Schule Hildesheim, 18-24 (Vormittag), Vorkurs der Abend: „Kampf gegen die Schulstrafe“. — Landshuter Platz: Gruppenheim Hildesheim, 18-24. — Ein Tag auf dem Arbeitsmarkt. — Hildesheim: Jugendheim Volkstr. 2. — Fortzug: „Die Frau und der Sozialismus“. — Frankfurt: Kreis: Stadt, Jugendheim Eiserer Str. 18, Zimmer 2, Reihenversatz: Die Stellung der Frau im Wandel der Geschichte. — Schwarmbe: Jugendheim Niederschönenfeld, Zellmer Str. 2. Reihenversatz: „Gewerkschaftliche Jugendarbeit“.

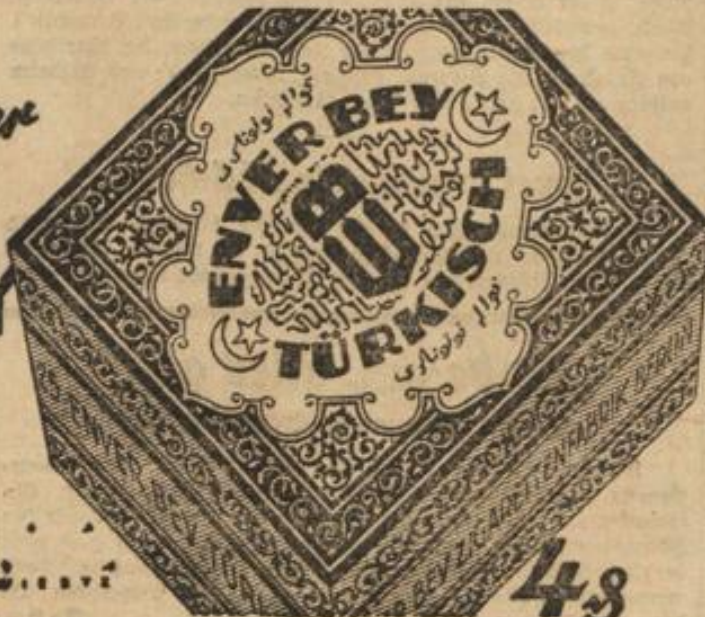
Jugendgruppe des IZA. Heute, Dienstag, Turnabend von 10-11 Uhr in der Turnhalle der Schule Buttrich Str. 20. Turnabende mitbringen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Kurt Geiger; Wirtschaft: G. Klingelböser; Gewerkschaftswesen: J. Bremer; Religion: A. S. Böcher; Soziales und Sonstiges: Fritz Karkhädt; Anzeigen: H. Glöck. — Druck: Germania-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Unterstraße 2. (Hiersin 2 Verlagen, „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vormarsch“.)

Wichtig für jeden Raucher

ist es zu wissen, daß ENVER BEY eine neue 4-Pf.-Zigarette unter dem Namen:

ENVER BEY



TÜRKISCH

mit Goldmündstück und ohne Mundstück rund in Würfelpackung herausbringt. Rauchen Sie diese, und Sie werden feststellen, daß es keine bessere 4-Pfennig-Zigarette gibt.

Hochaktuelle Bilder über die Entwicklung der Flugtechnik liegen jeder Packung bei.

Das Werk auf der Schleuseninsel.

Die Preussische Versuchsanstalt für Wasserbau und Schiffbau, die auf der Schleuseninsel im Tiergarten vom Staate als Forschungsstätte eingerichtet und 1913 in Betrieb genommen wurde, steht neuerdings im Zeichen umfassender, baulicher Veränderungen. Den Anlaß hierzu gab eigentlich die von der Reichsbahn durchgeführte Verstärkung der Stadtbahnbögen, in denen die Werkstätten der Versuchsanstalt untergebracht waren. Die Reichsbahn zahlte für die aus Räumung und mehrfachen Umzug erwachsenen Schwierigkeiten eine Entschädigung, die nun zusammen und einem Kostenzuschuß des preussischen Staates die längst geplante Erweiterung ermöglicht. In der Haupt-



gangen, nur in Hamburg befindet sich noch die „Rheinische Schiffsbauer-Versuchsanstalt“, die von einem Konsortium von Reedereien und Schiffbau-Gesellschaften betrieben wird. Versuche, die in der Natur sehr kostspielig und langwierig wären, werden hier mit kleinen Modellen verhältnismäßig billig und rasch durchgeführt. Auf der Schlepprinne gleitet der elektrisch betriebene Schleppwagen kleine Paraffinboote in allen möglichen Formen. Bequem lassen sich da die Messungen

ausführen, Veränderungen anbauen und die Ergebnisse wieder auf die Wirklichkeit übertragen. Beim Bau einer gewaltigen Seeschiffschleuse konnten auf Grund der Versuchsergebnisse rund 2 Millionen Mark erspart werden. Dieser Ersparnis gegenüber bleiben die Versuchskosten fast verschwindend gering. Eine dritte Abteilung, die sich mit Erdbaufragen beschäftigt, ist im Entstehen begriffen. Dadurch, daß die staatliche Versuchsanstalt ihre Einrichtungen auch nichtstaatlichen Behörden und Privaten zur Verfügung stellt, wobei nur die wirklich entstehenden Versuchskosten berechnet werden, bewahrt sie ihren gemeinnützigen Charakter und ist mit Recht auch außerhalb Deutschlands als ein hervorragendes wissenschaftliches Institut geschätzt.

durchführen, Veränderungen anbauen und die Ergebnisse wieder auf die Wirklichkeit übertragen. Beim Bau einer gewaltigen Seeschiffschleuse konnten auf Grund der Versuchsergebnisse rund 2 Millionen Mark erspart werden. Dieser Ersparnis gegenüber bleiben die Versuchskosten fast verschwindend gering. Eine dritte Abteilung, die sich mit Erdbaufragen beschäftigt, ist im Entstehen begriffen. Dadurch, daß die staatliche Versuchsanstalt ihre Einrichtungen auch nichtstaatlichen Behörden und Privaten zur Verfügung stellt, wobei nur die wirklich entstehenden Versuchskosten berechnet werden, bewahrt sie ihren gemeinnützigen Charakter und ist mit Recht auch außerhalb Deutschlands als ein hervorragendes wissenschaftliches Institut geschätzt.

Annung Berlin im Zoologischen Garten (Marmorfaal) ein Werkfest der Modestriker. Im Rahmen einer Modenschau wurden in vier Abteilungen die verschiedenartigsten Tages- und Gesellschaftsfrisuren gezeigt. Der Phantasie des Haarkünstlers und seines Modells sind hierbei vielseitigste Entwicklungsmöglichkeiten geboten. Speziell die Gesellschaftsfrisuren boten eine bunte Fülle origineller Ideen. Der leitende Grundgedanke bei all den Neuheiten ist: volle, lockige Frisur unter reichlicher Zuhilfenahme von künstlichem Material. Sehr hübsch wirkten Perückenfrisuren, abgestimmt in der Farbe des Kleides, hauptsächlich in hellen, zarten Farbtönen. In die kunstvolle Lockenpracht werden dann noch funkelnde Diademe, Reiter- und Phantasiegestecke gebracht. Sehr pikant in diskreter Eleganz wirkte eine Kappe aus gestochtem Silberblech mit Steinen besetzt. Die Friseurin Adolf Henkel, Emil Schwidder, Otto Albrecht und Oswald Dirksch, die diese kunstvollen Bauten ausführten, behaupten siegreich ihre Stellung neben den französischen Kollegen. Rene Rambaud von der Hochschule für Haarkunst, Fachschulleiter der Pariser Gehilfenorganisation, zeigte in Postiche-Neuheiten und historischen Frisuren ebenfalls sehr gute Leistungen.

Presse und Angeklagter.

Diel, der beleidigte „Fürst v. Eschnapur“.

Die Angelegenheit ist noch in aller Erinnerung. Ein Nürnberg-er Kind von 21 Jahren stand eines Tages vor Gericht, nannte sich „Fürst von Eschnapur“, mußte schließlich kleinlaut zugeben, daß es das Gericht zum Narren halte, verlegte sich aufs Weinen und wurde wegen Betruges in fünf Fällen und Urkundenfälschung in zwei Fällen zu 1 Jahr Gefängnis und 2 Wochen Haft verurteilt.

Eine Berliner Tageszeitung nannte den Angeklagten wegen seines Betruges in der Gerichtsverhandlung u. a. einen „dummen Jungen, wie er im Buche steht“, einen „Bengel aus Nürnberg“; seinen Namen hatte die Zeitung jedoch nicht genannt. Er fühlte sich aber durch diese Bezeichnung beleidigt und strengte gegen den verantwortlichen Redakteur eine Privatklage an. Der erste Verhandlungstermin mußte vertagt werden, u. a., weil Landgerichtsdirektor Brennhausen, der jene Verhandlungen leitete vernommen werden sollte. Gestern fand der zweite Termin statt. Landgerichtsdirektor Brennhausen war zur Stelle. Er sollte bekunden, ob das Betragen des Angeklagten in der Gerichtsverhandlung die vom Richter-erklärter gebrauchten Ausdrücke rechtfertigte. Landgerichtsdirektor Brennhausen gab eine ausführliche Schilderung seiner Bekanntschaft mit dem jungen Menschen. Als er erfuhr, daß er über einen „Fürst v. Eschnapur“ würde zu Gericht sitzen müssen, und daß dies in Wirklichkeit ein Nürnberger Junge sei, da stellte er sich die Frage, ob es sich um einen Gestirbten oder einen Dummhungenstreicher handelte. Schon beim Hauptprüfungstermin hatte er Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß es P. darauf abgesehen habe, das Gericht zum Narren zu halten. Es half kein Zutreden. Er blieb dabei, der „Fürst von Eschnapur“ zu sein. In Wirklichkeit hatte er aber von seiner Mutter aus Nürnberg einen Brief erhalten, in dem sie ihn ermahnte, vernünftig zu sein und die Familie durch seine Dummheiten nicht zu blamieren. Die Ablehnung des Antrages auf Haftentlassung hatte eine Beschwerde an den Landgerichtspräsidenten zur Folge, in der er die unverschämtesten Angriffe gegen den Zeugen vorbrachte. Auch in der Gerichtsverhandlung benahm sich der Angeklagte geradezu adern. Nach der Gerichtsverhandlung schrieb er aber einen ganz vernünftigen Brief, in dem er selbst zugab, daß er „Latz, Unfand und Verwirrung während der Verhandlung“ habe vermissen lassen.

Das Gericht sprach den angeklagten Redakteur frei und führte in der Begründung aus: Es liege zwar objektiv eine Beleidigung vor, aus subjektiven Gründen mußte jedoch das Gericht zu einem Freispruch gelangen; der Beklagte hatte weder Vorwissen noch Absicht zu beleidigen. Auch wenn das nicht der Fall gewesen wäre, so hätte das Gericht ihm Wahrung berechtigter Interessen zusprechen müssen; die hätte die Bedeutung der Gerichtsberichterstattung erfordert.

Hoffentlich beruhigt sich der hoffnungsvolle Jüngling bei diesem Urteil. Der Kuriosität halber sei bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß Herr Diel auch den für den Gerichtsteil verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“ wegen Beleidigung verklagt hat.

Modeabende der Haarkünstler.

Am Sonntagabend hatte die städtische Fachabteilung des Arbeiterkameraderverbandes für das Friseurgewerbe ihren zweiten Modeabend in dieser Saison im großen Saal der Schlaraffia. Zwei Reihen Friseurinnen, worunter auch Gehilfinnen, traten vor die Spiegel, um ihren lebenden Modellen binnen vierzig Minuten die schönsten Modifikationen aufzusetzen. Zugelassen war nur Eisenindustrie und jede Vorarbeit verboten. Am gilt bei den Leuten, die es wissen müssen, auch der reizendste Modifikation nur als Tagesfrisur. Der Abend aber erfordert eine Gesellschaftsfrisur, die zum Ballkleid passend ist. Seitdem die Damen den Kopf preisgegeben haben, wollen sie von Perücken, die sonst über den Kubitopf als „Gesellschaftsfrisur“ gestülpt wurden, nichts mehr wissen. Es muß also Ersatz geschaffen werden, in der Friseurpraxis „Postiche“. Die Wettbewerbler hatten weitere zwanzig Minuten Zeit, um unter Zuhilfenahme von Ersatzteilen die Kubitöpfe in Gesellschaftsfrisuren zu verwandeln. Die Mode beginnt

sich jedoch nicht mehr mit der dem Stilleid angepassten Gesellschaftsfrisur, sie erfordert darüber hinaus auch eine gewisse Anpassung an die Farbe des Kleides. Hier setzt die Plastik-Frisur ein, die entweder kompakt mit einer Masse gefornnt wird, oder leicht und luftig aufblüht wird. Die Frisur wird dann in beiden Fällen mit der gewünschten Farbe bespritzt. Die Kollegen Erich Jahnke und Schöpe führten zwei solche Frisuren in Silber mit Blau und in Gold mit Rot vor und erzielten damit großen Beifall. Diese Plastik-Frisuren erweisen sich für die Dauer der Ballnacht als recht haltbar. Die Preisrichter gaben ihr sachmännisches Urteil darüber ab, daß im allgemeinen sehr gut gearbeitet wurde. Sie erkannten die ersten Bewerbungen in der Klasse A den Gehilfen Weisfogel, Rauch und Sailer zu, in Klasse B den Gehilfinnen Steiner, Bodaus, Köhl und Sander und in Klasse C den Gehilfen Fleischer, Rothe und Wohler.

Unter der Devise „Von morgens bis abends Kubitopf“ veranstaltete die Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

„Er“ war ein großer und wunderbar gezeichneter Leopard, der ganz leise aus den Blumen aufgelaugt war und sich wie eine gewaltige Kugel mitten auf die gläserne Straße neben den großen Wagen gesetzt hatte. Er blinzelte und bewegte den Kopf rhythmisch von einer Seite auf die andere mit einem erlauteten und interessierten Ausdruck, weil die Dame, wie es für solche Anlässe der Tradition entspricht, ihren Schirm, so schnell sie nur konnte, gegen ihn auf und zuklappte. Der Chauffeur hatte hinter dem Wagen Deckung genommen. Mr. Rupert Catskill, der offenbar erst durch den gleichen Schrei, welcher die Aufmerksamkeit Mr. Burleighs und seiner Gefährten erregt hatte, die Existenz jenes Wagens bemerkte, stand, knietief in den Blumen, verblüfft da. Mr. Catskill war der erste, der handelte, und seine Handlungsweise zeigte seine Fähigkeit; sie war zugleich vorsichtig und kühn.

„Hören Sie doch auf, mit dem Schirm zu flattern, Lady Stella!“ rief er. „Lassen Sie mich... ich will... seinen Blick auffangen!“

Er machte einen Bogen um den Wagen herum, um dem Tier von Angesicht zu Angesicht gegenüberzutreten. Dann stand er einen Augenblick so da, als ob er sich bewundern lassen wollte, eine beherzte kleine Gestalt im grauen Gehrock und schwarzbelegten Zylinder. Er streckte vorsichtig die Hand aus, nicht zu plötzlich, aus Angst, er könnte das Tier erschrecken: „Wie geht es?“

Der Leopard, beruhigt durch das Verschwinden von Lady Stellas Sonnenschirm, betrachtete ihn mit Interesse und Neugier. Catskill rückte weiter vor. Der Leopard streckte sein Maul vor und schnupperte.

„Wenn er sich nur streicheln ließe!“ sagte Mr. Catskill und kam auf Armeslänge heran.

Das Tier beschnupperte mit ungläubiger Miene die ausgestreckte Hand. Dann, mit einer Plötzlichkeit, die Mr. Catskill mehrere Schritte zurückweichen ließ... nieste es. Es nieste noch einmal viel heftiger, schaute Mr. Catskill einen Augenblick vorwurfsvoll an, und sprang dann leichtfüßig nach der weiß-goldenen Säulenhalle davon. Mr. Barnstaple beob-

achtete, wie das auf der Weise grafsche Bieh den Leoparden vorbestimmen sah, ohne die geringste Furcht zu zeigen.

Mr. Catskill blieb mit einer gewissen Erleichterung mitten auf der Straße stehen.

„Kein Tier,“ bemerkte er, „kann dem festen, durchbohrenden Blick des Menschen widerstehen! Keines! Für euch Materialisten ist das natürlich ein Rätsel! Wollen wir Mr. Cecil folgen, Lady Stella? Es scheint, daß er dort unten etwas Sehenswertes gefunden hat. Der Mann in dem kleinen Wagen wird vielleicht wissen, wo wir sind. Ja?“

Er half der Dame aus dem Wagen, und die beiden kamen auf Mr. Barnstaples Gruppe zu, die sich nun wieder dem brennenden Haufe näherte.

Der Chauffeur, der offenbar nicht wünschte, in dieser Welt unglaublicher Möglichkeiten mit der Limousine allein gelassen zu werden, folgte so dicht, als es ihm der Respekt erlaubte.

Das wunderschöne Volk.

1.

Das Feuer in dem Häuschen schien keine weiteren Fortschritte zu machen. Der daraus aufsteigende Rauch war jetzt viel schwächer, als da ihn Mr. Barnstaple entdeckt hatte. Nahe herangekommen, fanden sie eine Menge verdrehter Stücke glänzenden Metalls und Splitter zerbrochener Glases zwischen den Mauertrümmern. Sehr stark drängte sich die Vermutung auf, daß wissenschaftliche Apparate explodiert seien. Dann wurde die ganze Gesellschaft fast gleichzeitig eines Körpers gewahr der auf dem Grasabhang hinter der Ruine lag. Es war der Leib eines Mannes in der Blüte der Jahre, nackt bis auf ein paar Armbänder, einen Halschmuck und Gürtel; aus Mund und Nasenlöchern sickerte Blut. Mit einer gewissen Scheu kniete Mr. Barnstaple neben dieser hingestreckten Gestalt nieder und befühlte das Herz. Niemals zuvor hatte er ein so schönes Gesicht und einen so edlen Körper gesehen.

„Tot,“ flüsterte er.

„Seht,“ ertönte die schrille Stimme des Herrn mit dem Monokel, „noch einer!“

Er deutete auf etwas, das Mr. Barnstaple durch ein Stück Mauer verborgen war. Mr. Barnstaple mußte aufstehen und über einen Haufen Geröll klettern, um diesen zweiten Fund sehen zu können. Es war ein schlanteres Mädchen, ebensowenig bekleidet wie der Mann. Sie war an-

scheinend mit riesiger Wucht gegen die Mauer geschleudert und augenblicklich getötet worden. Das Gesicht war ganz unverletzt, obwohl der Schädel hinten eingedrückt war. Ihr vollendet schöner Mund und die grüngrauen Augen waren ein wenig geöffnet, und sie hatte den Ausdruck eines Menschen, der noch über irgendeine schwierige, aber interessante Aufgabe nachdacht. Das Antlitz machte gar nicht den Eindruck einer Toten, sondern sah nur wie gestesabwesend aus. Eine Hand untrampfte noch ein kupfernes Gefäß mit einem gläsernen Griff, die andere hing schlaff herunter.

Einige Sekunden lang sprach niemand. Es war, als ob jeder fürchtete, den Gedankengang des Mädchens zu unterbrechen.

Dann hörte Mr. Barnstaple hinter sich den geistlichen Herrn mit leiser Stimme sagen: „Welch vollendete Gestalt!“

„Ich gebe zu, ich hatte unrecht,“ sagte Mr. Burleigh mit Bedacht. „Ich war im Unrecht... Das ist kein irdisches Volk, wahrhaftig! Und folglich sind wir auch nicht auf der Erde. Ich kann mir nicht vorstellen, was geschehen ist, noch, wo wir uns befinden. Angesichts genügender Beweise habe ich nie gezögert, eine Meinung zurückzugeben. Diese Welt, in der wir jetzt sind, ist nicht unsere Welt. Es ist etwas... er machte eine Pause... „es ist etwas sehr Wunderbares!“

„Und unsere Freunde in Windsor,“ sagte Mr. Catskill ohne sichtsichs Bedauern, „müssen ohne uns frühlücken.“

„Aber,“ sagte der geistliche Herr, „in was für einer Welt sind wir denn und wie sind wir hierher gekommen?“

„Ahl! was das anbelangt,“ sagte Mr. Burleigh sanft. „fragen Sie mich mehr, als ich mit meinen schwachen Kräften aufklären kann. Wir sind hier in einer Welt, die in gewisser Beziehung der unseren ähnlich ist und in gewisser Beziehung nicht. Auf irgendeine Weise muß sie mit unserer Welt im Zusammenhang stehen, sonst wären wir nicht hier. Aber was für eine Verknüpfung das sein kann, ist für mich, ich gestehe es, ein unentzählbares Geheimnis. Es mag sein, daß wir uns in irgendeiner anderen räumlichen Dimension befinden, als in jener, die wir kennen. Aber in meinem armen Kopf wirbelt es, wenn ich an diese Dimensionen denke. Ich bin... ich bin verwirrt... total verwirrt.“

„Einste!“ warf der Herr mit dem Monokel mit Nachdruck und mit deutlicher Selbstzufriedenheit ein. (Fortsetzung folgt.)

Einer, der sich selbst gefährlich ist. Vergebliche Berufung des Staatsanwalts.

Die Wege der Staatsanwaltschaft sind unerforschlich. Da ist zum Beispiel ein Dreiundzwanzigjähriger wegen Unterschlagung von 50 Mark angeklagt. Er hat das Aussehen eines Siebzehnjährigen; auch sein Leben und seine Entwicklung sind danach. Sein Vater, ein brauner Bahnbeamter, dessen übrige Kinder gesund und ordentlich sind, hatte beizeiten gewerkt, daß mit dem Kork nicht alles in Ordnung war. Er ließ immer wieder davon und konnte, heimgekehrt, stundenlang sitzen, ohne ein Wort zu reden. Dann gab es wieder Zeiten, wo er ganz geistesvoll war. Kam es aber über ihn, so brachte er die unmöglichsten Dinge fertig. Auch in Fürsorgeanstalten war er nicht zu halten. Man hatte ihn da gern, und auch er hatte seine Erzieher gern. Trotzdem machte er sich auf und davon. Bei den Eltern fand man ihn dann wieder. Man untersuchte ihn auf seinen Geisteszustand, man brachte ihn in Anstalten für Epileptiker; lange blieb er hier nicht. Man entmündigte ihn auf Grund des Jugendgerichtsgesetzes, um seinem Vormund und den Eltern die Möglichkeit zu geben, in seinem Interesse über seine Person zu verfügen. Strafbar hatte er sich eigentlich nie gemacht — rechnete man nicht die Bestrafungen wegen Bettel und Landstreichens. Aber als er kürzlich bei einem Bauern in Stellung war, unterschlug er 50 Mark, die er zu einer Belohnung erhalten hatte, und verschwand. In der Gerichtsverhandlung der ersten Instanz erkrankte der dirigierende Arzt von Herzberge, Psychiatrer des Landjugendamts Dr. Selig, sein Gutachten. Er kennt den Angeklagten schon seit 1920. Man habe es hier mit einem „leicht schwachsinigen Menschen zu tun, der seinen hemmungslosen Trieben preisgegeben sei. Er müsse davongehen und wisse selbst nicht, weshalb. Man habe allen Grund, daran zu zweifeln, ob er als geistig gesund zu betrachten sei. Das Gericht erkannte auf § 51 und sprach den Angeklagten frei.

Die Staatsanwaltschaft legte jedoch gegen das Urteil Berufung ein. Aber auch die zweite Instanz entschied nicht anders als die erste. Der Angeklagte sei nicht so sehr seinen Trieben gefährlich als sich selbst, meinte Dr. Selig; er gehöre in eine geschlossene Anstalt. Das Gericht verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft. Hätte sie nicht überhaupt unterbleiben sollen?

Zur Einstellung des Europa-Hochhausbaus. 25 Instanzen genehmigen und dann.

Zu der Stilllegung der Bauarbeiten an dem projektierten elfstöckigen Hochhaus des Europa-Hauses in Berlin durch das Eingreifen des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt erfahren wir von gut unterrichteter Seite folgendes: Die Arbeiten an dem gegenüber dem Anhalter Bahnhof gelegenen Hause waren bereits bis zum siebenten Stockwerk gediehen, ohne daß eine ausreichende Baugenehmigung vorlag. Das Ministerium ist teilsweise grundförmlich gegen den Bau von Hochhäusern; es muß nur Wert darauf legen, daß die zum Teil nicht günstigen Erfahrungen, die auf diesem Gebiet in den benachbarten Staaten gemacht worden sind, bei der Planung und in den technischen Einzelheiten berücksichtigt werden. Eine besondere Schwierigkeit im vorliegenden Fall wird darin gesehen, daß in dem Hochhaus ein Hof geplant ist, und daß nach zweifelsfrei scheint, ob die im Interesse der Volksgesundheit notwendige Sicherung von Licht und Luft für die Radkarrundstücke und für den Hof des Hochhauses selbst gegeben ist. Im übrigen schweben die Verhandlungen noch. Aus Architektenkreisen wird noch auf die prinzipielle Bedeutung der Angelegenheit aufmerksam gemacht, und zwar in zwei Beziehungen: daß überhaupt wieder Bauten begonnen und nahezu fertiggestellt werden, ohne daß die Baugenehmigung vorliegt, ist auf den übermäßigen und mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen in Konflikt stehenden bürokratischen Apparat zurückzuführen; müssen doch etwa 25 bis 26 Instanzen für jeden einzelnen Bau überwinden werden. Auf der anderen Seite ist der Zwischenfall des unterbrochenen Hochhausbaus ein Schulbeispiel für die städtebauliche Anarchie, die gegenwärtig in Berlin herrscht.

Sonne über der Schule.

Einblick in das Leben und Treiben neuzeitlicher Schulen wurde den Besuchern eines Werbeabends geboten, den die freie Schulgemeinde Wilmersdorf am Sonntag veranstaltete. Die von der Stadt Berlin erst vor einigen Jahren eingerichtete „Schulfarm“ auf der Insel Scharfenberg im Tegeler See und die schon seit längerer Zeit bestehende Schule zu Wilmersdorf im Thüringer Wald wurde in zwei Filmen gezeigt, zu denen Herr Heineke (früherer Schüler von Scharfenberg) und Fräulein Me Meyer (frühere Schülerin von Wilmersdorf) in Vorträgen die Erläuterungen gaben. Vom Geist der Gemeinschaft sind in beiden Schulen die Lehrer und die Schüler befeelt, und beiden Schulen gilt die Gemeinamkeit der Arbeit als ein wichtiges Mittel der Erziehung. Neben der Denkarbeit steht die Handarbeit, bei der die Jungen und Mädchen in Haus und Hof, in Garten und Feld tüchtig ansetzen und schaffen. Sonne liegt über diesen Schulen und ihrem fröhlichen Gemeinschaftsleben. Der Werbeabend wurde verhöflicht durch die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen. Vom Wedding aus der weltliche Gemeindegemeinschaft 244 in der Poststraße war eine Gruppe Kinder nach Wilmersdorf gekommen. Sonne liegt auch über der Schule, in der sie heranwachsen. Auch die weltlichen Schulen bemühen sich mit Erfolg, den Kindern die Schule zu einer Stätte der Freude werden zu lassen. Mit heiteren Länzen und eindringlichen Sprechvorträgen (Gedichte von Dehmel, „Arbeitsmann“ und „Erntelied“) fanden die Wedding-Kinder freudigen Beifall. Eine Kindergruppe der Wilmersdorfer Kinderfreunde erkante durch Gesangsvorträge. Ein Harmonikonzert von Mitspielern der Wilmersdorfer Vorkinderjugend schloß den musikalischen Teil der Veranstaltung. Der Zweck dieses Werbeabends der freien Schulgemeinde Wilmersdorf war, die weltliche Schule auch in Wilmersdorf zu fördern. Lehrer Genosse Hahn machte die Eltern, den Kampf um die weltliche Schule zu unterstützen und ihre Kinder zur Aufnahme in eine weltliche Schule anzumelden. Auch Wilmersdorf könnte eine weltliche Schule haben, wenn die Eltern nicht lässig sind. Redungen und Kunst bei Lehrer Hahn, Schmargendorf, Dönhaufer Straße 4.

Sinein in die weltliche Schule!

Die freie Schulgemeinde Wedding veranstaltete in dem zum Verwaltungsbezirk Wedding gehörenden Teil der Rosenhofer Vorstadt eine Werberversammlung für die weltliche Schule. Gegenüber der von dem reaktionären Schulgesetz drohenden Stillsetzung durch die weltliche Schule rief Lehrer Genosse Raier (208, Gemeindegemeinschaft, Götterburger Str.) die Elternschaft auf, sich den Freunden der weltlichen Schule anzuschließen und ihre Kinder zur Aufnahme in die weltliche Schule zu melden. Der Redner zeigte in seinem durch Würdiger unterstützten Vortrag die Arbeit der weltlichen Schule, deren Besonderheit sich in ihrem Verzicht auf Religionsunterricht keineswegs erschöpft. Für die Bekämpfung der weltlichen Schule sind Richtlinien die Grundzüge einer sorgfältigen Pädagogik, die mit dem Schuljahr der hinter uns liegenden Zeit gewonnen hat. Die weltliche Schule wird dem Kinde zu einer

Sie wollten schneffelweise verdienen!

Ausdehnung des Lombardschwindels. — Voruntersuchung gegen Staatsanwaltschaftsrat Jacoby eröffnet.

Die Affäre des Inhabers des Allgemeinen Lombard- und Lagerhauses Unter den Eichen, Paul Bergmann, der durch einen großzügig angelegten Schwindel Hunderte von Menschen betrogen hat, nahm gestern eine besonders sensationelle Wendung: der bei der Staatsanwaltschaft I Berlin beschäftigte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Jacoby wurde vom Dienst suspendiert, weil er über Bergmann günstige Auskünfte gegeben hat, die den Verdacht der Begünstigung Bergmanns und seiner Komplizen darlegt. Die Voruntersuchung ist eingeleitet.

Die Hineinziehung Dr. Jacobys hat namentlich in Maabit, wo der Staatsanwaltschaftsrat seit langen Jahren tätig ist, das größte Aufsehen erregt. Es liegt ein von ihm unterzeichnetes Schreiben vor, das an einen der Betrogenen gerichtet ist. Es heißt darin, daß er mit der Firma, deren Inhaber er persönlich und geschäftlich kenne, nur die besten Erfahrungen gemacht habe. Der Geschäftsgang wickelte sich vollständig reibungslos ab, die Zinszahlungen erfolgten pünktlich. Er halte aus diesem Grunde eine Kapitalanlage für unbedenklich. — Oberstaatsanwalt Binder hat gestern nachmittag die Voruntersuchung außer gegen Dr. Jacoby, gegen Bergmann und seine Frau, gegen den Geschäftsführer Buztow und seine Frau und gegen fünf weitere Vertreter Bergmanns eröffnet. Bergmann verstieg sich in seinen Anträgen zu der Behauptung, daß er nicht nur 36 bis 48 Proz. Zinsen zu zahlen imstande ist, sondern daß „sein Geschäft von den Gerichten als mündelhaft bezeichnet sei“. Hierbei stützte er sich zum Teil auf die Auskünfte Jacobys, mit dem er seit dem Jahre 1923 bekannt war. Kürzlich erst hatte Jacoby einem ehemaligen Offizier, der sich auf Bergmanns Veranlassung an ihn gewandt hatte, erklärt: „Die Firma Bergmann ist erstklassig. Sie können in das Geschäft ihre letzten Pfennig hineinstecken.“ Die Folge war, daß der Offizier Bergmann 30 000 Mark aushändigte, die natürlich verloren sind.

Ein bekannter Großgrundbesitzer hat seine Güter bis zur Höhe von einer halben Million Reichsmark belastet, um Bergmann das Geld zur Verfügung zu stellen, der dafür 48 Proz. Zinsen versprach. Ein anderer Großgrundbesitzer, ein Graf, ließ den Betrügern 400 000 Mark unter den gleichen Bedingungen. Es wird schließlich auch nachgefragt werden müssen, inwieweit es zutrifft, daß zu solchen Wucherzinsen zu verleihen, und es ist bezeichnend für die wirtschaftliche Einsicht der großgrundbesitzenden Geldgeber, daß sie bei einem solchen Angebot, das doch nur bei Anwendung des sogenannten Schneeballsystems möglich war, nicht auf den Gedanken kamen, daß hier ein Schwindel vorliegen müßte. Die unterzeichnete Summe beträgt nach den bisherigen Feststellungen etwa 6 Millionen, die Zahl der Geschädigten überschreitet bereits 1000 und noch immer melden sich weitere Gläubiger. Die Agenten, mit denen Bergmann arbeitete, sind teilweise mit 24 Proz. des herbeigeschafften Betrags belohnt worden. Die günstigen Auskünfte, die über die Firma gegeben wurden, hatte Bergmann selbst ausgefüllt, hatte er es doch sogar verstanden, sich in den Besitz von Blankoformularen der einzelnen Auskunfter zu setzen, die er dann selbst ausfüllte.

Wie weiter bekannt wird, befindet sich unter den Geschädigten auch ein Major v. Hindenburg. Die Nachricht, daß es sich hierbei um den Sohn des Reichspräsidenten handelt, scheint aber nicht zuzutreffen. Die Darlehensgeber setzen sich aus älteren obligen Damen, Kaufleuten jeder Branche, Gutsbesitzern und

kleinen Gewerbetreibenden, teilweise auch aus Angehörigen zusammen, die alle auf den hohen Zinsfuß spekulierten. Die Darlehensgeber aus der Provinz hatten durchschnittlich 20 000 bis 50 000 Mark zur Verfügung gestellt, während der Berliner Durchschnitt 5000 Mark beträgt. Bettler Hausfrauen haben ohne Wissen des Mannes Ersparnisse von Banken und Sparkassen abgehoben und zu Bergmann gebracht. Geldern kamen sie aufgeregt herbei und bemiefen ihre Geschäftsunfähigkeit auch dadurch, daß sie der Erwartung Ausdruck gaben, man würde ihnen ihre Einlagen sofort zurückzahlen, damit der Ehemann vom dem Nebengeschäft nichts erfahre. Bergmann selbst hat auf Kosten der Betrogenen ein Schlemmerleben geführt. Seine Ehefrau spielte in Reissportkroten eine Rolle, Bergmann selbst und seine „gehobenen“ Angestellten sah man in Luxusrestaurants bei französischem Sekt und Kaviar und auf den großen Ballsäten. Älteren Damen der „Gesellschaft“ gegenüber, die Geld investiert hatten, legte Bergmann Wert darauf, die Zinsen am Monatsersten persönlich zu überreichen. Er fuhr er aber gar, daß sie krank waren, so erschien er mit einem riesigen Blumenstrauß, um sich nach ihrem Befinden zu erkundigen. Diese Damen aber priesen ihn dann als den „feinsten Mann Berlins“ und führten ihm durch solche Empfehlung neue Geldgeber zu. Im Laufe des gestrigen Tages nahm die Kriminalpolizei den gesamten Bestand in dem Lombardhaus auf und übermittelte alles Material dem inzwischen ernannten Konkursverwalter Schäfer. An Bargeld wurden etwa 7000 Mark beschlagnahmt, wozu den Aufgestellten die Januargehälter ausgezahlt wurden. Die Vermutung, daß Bergmann und seine Vertrauten noch Geheimkonten haben, hat sich bestätigt. Bereits gestern wurde der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß bei einer kleinen Privatbank im Zentrum der Stadt ein Sonderkonto besteht, das sofort gesperrt wurde.

Bergmann ist, wie uns von unrichteter Seite mitgeteilt wird, der Polizei kein Unbekannter mehr, weil er im Juni 1926 vom erweiterten Schöffengericht Lichtenberg wegen Betruges in zwei Fällen und Konkursverbrechens in einem Fall zu insgesamt 1 Jahr 2 Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war. In der Berufungsinstanz wurde dann diese Strafe auf 6 Monate herabgesetzt. Bergmann hatte im August 1923 in der Georgenstraße eine Wechselschleife ins Leben gerufen, die so gut florierte, daß er in Westfalen eine Filiale zur Eröffnung brachte, der er den hochtönenden Namen „Continental Bank, Aktiengesellschaft“ gab. Das Kapital, das er in Papiermarkt eingezahlt hatte, betrug ganze 1 1/2 Pfennig. Auch in Sangerhausen eröffnete er eine Bank. Hier hatte es der betrügerische Bankier, der wegen einer gleichen Tat früher einmal eine empfindliche Freiheitsstrafe hatte verbüßen müssen, verstanden, zahlreiche Leute, die vertrauensvoll dem Bankhaus ihre Ersparnisse anvertraut hatten, um nicht unerhebliche Summen zu pressen. Er lebte damals auf großem Fuße, hielt sich zwei Automobile, die er teilweise nicht bezahlte. Schließlich häuften sich die Anzeigen der Geschädigten, so daß eines Tages alles zusammenbrach und der Bankier sein Geschäft schließen mußte. Er wurde verhaftet und nach sieben Monaten aus der Untersuchungshaft entlassen. Das Gericht verhängte damals in zweifelhafter Sitzung, der Staatsanwalt hatte 2 Jahre 6 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht verhängte dann das Eingangs erwähnte Urteil.

Stätte schaffender Arbeit, durch die es seine Kräfte entwickelt. Es hat sich bereits gezeigt, daß die aus der weltlichen Schule kommenden Kinder mit ihrem nicht eingepaukten, sondern erarbeiteten Wissen und Können von verständigen Lehrherren lieber genommen werden als Kinder aus anderen Schulen, und daß sie auch brauchbarer sind. In der Diskussion, an der Eltern und Lehrer teilnahmen, wurde hervorgehoben, daß gerade jetzt, wo die Vertiefung der Schule droht, die Notwendigkeit einer Reziehung der weltlichen Schulen einleuchten muß. Die weltlichen Schulen zeichnen sich auch aus durch besondere Pflege enger Beziehungen zwischen Schule und Haus, ohne die eine erfolgreiche Arbeit der Schulen nicht denkbar ist. Stadtrat Genosse Ried (Bezirk Wedding) wies darauf hin, daß die weltliche Schule das Vertrauen der Eltern hat.

Funkwinkel.

Unter dem etwas unglücklichen Titel „Heitere Opern mus“ brachte der Sonntagabend eine sehr sympathische Veranstaltung. Die Zusammenstellung von Orchestermusik und Gesangsdarbietungen heitere Charaktere aus Opern wirkte volkstümlich und wahrte doch Niveau Bruno Sedler-Winkler als Dirigent des Funforchesters bewährte sich, wie schon oft, bei ähnlichen Veranstaltungen. Der Vortrag von Kurtis Reulig über Charlie Chaplin war wertlos. Er wirkte wie ein ausbrechendes amerikanischer Reflektorscheinwerfer. Chaplin hat in Deutschland diese plumpe Verherrlichung nicht nötig. Der Künstler Chaplin wurde durch die Schilderung des Vortragenden nicht belehrt.

Der Montag brachte zwei sehr wesentliche Vorträge über Erziehungsfragen. Frau Sophie Kellner behandelte das Thema „Das Kind und die Angst“. Ein Kind, das sich fürchtet, sei es vor Strofandrohungen, vor Menschen oder vor irgendwelchen Naturereignissen, wird meist ein unbeherrschter, unreifer Mensch. Das Verlangen, die Umwelt zu erschließen und lernen zu lernen, wird bei diesen Kindern unterbunden und damit die geistige Entwicklung gehemmt. Die Vortragende warnte daher mit Recht davor, die Furcht als Hilfsmittel in der Kindererziehung anzusehen. Stadtverordnete Hoffmann-Gwinner sprach über „Sorgenkinder im Arbeiterleben“. Die Kinder in Fürsorgeerziehung entstammen fast ausschließlich Arbeiterkreisen. Die Rednerin betonte, daß geistig ganz normale Kinder in beinahe allen Fällen nur dann zu Erwachsenen der Gesellschaft werden, wenn ihre Willen sie dazu macht. Wohnungsnot, Mangel und Entbehrungen tragen die Hauptlast an der Verwahrlosung jugendlicher. Durch Fürsorgeerziehung in geschlossenen Heimen werden diese Kinder isoliert und zu Lebewesen des Lebens gestempelt. Die Vortragende forderte, daß auch in Deutschland der Versuch gemacht werde, wie in England Fürsorgekinder in Waisenhäusern unterzubringen und sie dort gemeinsam mit den anderen Kindern zu erziehen. Die Kinder bräuchten mit bestem Erfolge öffentliche Schulen und erziehen eine Berufsausbildung, die diesen Reigungen und Fähigkeiten entsprechen. Unsere Fürsorgekinder dagegen werden in überwiegendem Maße der Landwirtschaft zugeführt, der sie als Stadtkinder weder Lust noch Verständnis entgegenbringen. Ueber Kräfteökonomie bei den Berechnungen des idealen Lebens sprach Alice Cammer, die klare und verständliche Ansätze für angemessene Körperhaltung und richtige Ausführung einzelner Bewegungen gab.

Falsches Nordgerüch. Das Gerücht von einem Verbrechen machte im Nordwesten der Stadt verbreitet. Gegen 11 1/2 Uhr sah ein Beamter des 28. Polizeireviers auf seinem Rundgang am Haselsteinischen Ufer, gegenüber dem Café Gärtner, eine weibliche Leiche in der Spree treiben. Sie wurde gefasst und es zeigte sich, daß sie bis auf einen braunen Spangenschuh am rechten Fuß und den fleischfarbenen Fingerring des Strumpfes darunter ganz nackt war. Mehrere Verletzungen an verschiedenen Körperstellen gaben Veranlassung zum Gerücht von einem Mord. Auch die Nordkommission wurde alarmiert. Verletzte Verletzungen des Halses zeigten sich an den Beinen, den Oberarmen und dem Hals. Ersticklich sind aber an mehreren Stellen auch die Knochen gebrochen. Die Leiche hat wahrscheinlich schon 14 Tage bis drei Wochen im Wasser gelegen. Bootshaken, Dampfschrauben oder Trossen von Schleppnetzen haben vermutlich noch und noch die Kleidungsstücke abgerissen und die Verletzungen hervorgerufen. Es liegt kein Anhalt vor, ein Verbrechen anzunehmen. Die Leiche wurde beschlagnahmt und zu genauerer Untersuchung nach dem Schauhaufe gebracht. Die Leiche steht etwa in der Mitte der zwanziger Jahre, ist mittelgroß, gut gewachsen und gut genährt, vollblütig und hat einen braunen Bubenkopf.

Umbenennung der Münchener und Wanzlitzstraße in Flughafenstraße. Der Magistrat hat mit Zustimmung des Polizeipräsidenten und des preussischen Staatsministeriums die Münchener und Wanzlitzstraße in „Flughafenstraße“ umbenannt. Die Bezeichnung „Flughafenstraße“ führt somit der gesamte Straßenzug von der Berliner Straße in Tempelhof bis zur Berliner Straße in Reutlin. — Ferner sind an Straßenumbenennungen erfolgt: Am Ortsteil Berlin-Britz: Die Straße Nr. 46 mit „Bendstraße“, die Straße Nr. 48 a mit „Brieststraße“, im Ortsteil Berlin-Reutlin: die Straße, die vom Verwaltungsgebäude des Flughafens aus nach Norden verläuft, bis zur Jüllischer Straße mit „Lilienthalstraße“.

52 Tote bei dem Eisenbahnunglück bei Rangoon. Zwölf weitere Personen, die bei dem mitgeteilten schweren Eisenbahnunglück bei Rangoon in Indien verunglückt wurden, sind ihren Verletzungen erlegen, so daß sich damit die Zahl der Toten auf 52 erhöht.

Neue amerikanische U-Bootskatastrophe. 53 mit 41 Mann verloren.

Washington, 30. Januar.

Das Unterseeboot S 3, das wie gemeldet, seit Sonnabend vermisst wird, ist trotz eifriger Nachforschung, an der sich auch ein Flugzeug beteiligt, noch nicht wieder aufgefunden worden. Es entschwand dem Gesichtskreis der mit ihm auf der Fahrt nach Cuba befindlichen Schiffe während eines schweren Stürmes, der am Sonnabend bei Sonnenuntergang einsetzte. Die Flottille befand sich um diese Zeit etwa 100 Meilen südlich von Kap Hatteras. Das Meer soll an dieser Stelle über 3000 Meter tief sein. An Bord des Unterseebootes befand sich außer dem Kommandanten und drei Offizieren eine Besatzung von 37 Mann.

Erdbeben in der Nordschweiz. In der Nähe von Choinex, an der Straße Vouanne-Basel, löste sich eine mit Wad bestandene Erdmölle in 200 Meter Breite vom Felsen los und zerfiel in die Gleiße der schweizerischen Bundesbahn. Ein Arbeiter bemerkte rechtzeitig die Katastrophe, wodurch ein gerade fahrender Schnellzug zum Halten gezwungen werden konnte. Der Bahnverkehr ist vollständig gesperrt, weil man noch weitere Erdbeben befürchtet.

Die großen Gewinne der AEG.

Aufträge für ein weiteres Jahr. — Generaldirektor Deutsch zur Lage.

Der Generaldirektor des AEG-Konzerns hat gestern einleitend über seine Erfahrungen in Amerika gesprochen. Besonders sei ihm aufgefallen, daß bei den dortigen Unternehmungen eine andere Einschätzung über die Unterrichtung der Öffentlichkeit herrsche als in Deutschland, und daß er selbst von dem Nutzen dieser Einstellung überzeugt, entsprechende Vorschläge an den Reichsverband der deutschen Industrie eingereicht habe. Nach diesen ermunternden Einstellungsworten, die endlich der immer wiederholten Forderung der deutschen Öffentlichkeit gegenüber der Geheimnisträuerei der Industrie entgegenzukommen schienen, muß der jetzt veröffentlichte Jahresabschluss des AEG-Konzerns wieder enttäuschen. Es ist ohne weiteres ersichtlich, daß bei einem Unternehmen wie der AEG., die mit 186 Millionen Mark Kapital arbeitet, die Dividende für die Entwicklung des Unternehmens wenig besagt. Wenn die im Jahre 1924 gezahlte AEG-Dividende von 5 Proz. Jahr für Jahr um 1 Proz. heraufgesetzt wurde und für 1927 8 Proz. beträgt, so ist dies ein wirklich allzu allgemeiner Hinweis darauf, daß der Konzern auf steigende Gewinne zurückgreifen kann.

So verschleierte die Gewinn- und Verlustrechnung mehr als sie zeigt. Von den Betriebsgewinnen sind die gesamten Kosten, Steuern, Zinsen und Sozialabgaben, vorweg abgezogen, so daß lediglich ein Geschäftsgewinn von 17,3 gegen 14,8 Millionen Mark ausgewiesen wird. Nach Abzug der von 3,3 auf 3,7 Millionen Mark erhöhten Abschreibungen und 1,7 Millionen Mark Sonderabschreibungen auf die Kursdifferenz der Amerikanerleihen (Mindererlös gegenüber dem Nennwert) verbleibt ein

Reingewinn von 12,3 gegen 10,7 Millionen Mark im Vorjahr.

Durch die Neugruppierung der Anlageposten ist auch die Bilanz noch undurchsichtiger geworden als in den letzten Jahren. Während früher die einzelnen Werte mit ihren Grundstücken, Gebäuden und Maschinen getrennt aufgeführt wurden, erscheinen in der vorliegenden Bilanz die Anlagen nur gruppenweise zusammengefaßt. Während sich bei den Grundstücken wenig verändert hat, haben die Gebäude einen Zugang von 9,6 Millionen Mark und die Maschinen von 4,3 Millionen Mark erfahren. Der starke Wertzuwachs an Gebäuden entfällt hauptsächlich auf die

großen Neubauten

in den Apparatefabriken Treptow, dem Kabelwerk und in den Fabriken Hennigsdorf und Annaberg. Diese umfangreichen Neubauten, die hauptsächlich aus tausenden Einnahmen beschafft wurden, erheben zusammen mit der halben Million Tilgungssumme für die Amerikanerleihe und der Sonderabschreibung auf die Kursdifferenz der Anleihen ein ganz anderes Bild über den tatsächlich erzielten Reinertrag des Konzerns. Neben dem ausgewiesenen Reingewinn von 12,3 Millionen Mark dürften im Laufe des Jahres mindestens ebensoviel Gewinne anderweitig untergebracht worden sein, so daß sich damit der Gesamtgewinn des Konzerns sehr stark erhöht.

Die gute Konjunktur der Elektroindustrie

findet in der Bilanz deutlichen Ausdruck. Das „bedeuten“ Bankguthaben von 3,0 Millionen Mark im Vorjahr hat sich auf 26,4 Millionen Mark erhöht, wobei auch sämtliche anderen Ruhestände bei der Kundschaft und befreundeten Gesellschaften bedeutend gestiegen sind. Die Forderungen haben sich von rund 98 auf 165 Millionen

Mark erhöht. Demgegenüber steht die Steigerung der Verpflichtungen von 107 auf nur 133 Millionen Mark in gar keinem Verhältnis. Außerdem entfallen fast 21 Millionen Mark auf Anzahlungen der Kundschaft, denen 11,6 Millionen Mark in Arbeit befindlicher Anlagen gegenüberstehen. Die bedeutende Verringerung der Vorräte, die insgesamt von 91 auf 66,4 Millionen Mark zurückgegangen sind, ist teils auf der guten Geschäftslage, teils aber auch auf die Auswirkung der Rationalisierung zurückzuführen, die eine kurzfristige Lagerhaltung ermöglicht.

Was Herr Dr. Deutsch über die jetzige Lage des Konzerns jagte, ist bei der Bedeutung der AEG. in gewissem Sinne auf die deutsche Elektroindustrie überhaupt zu übertragen. Bis heute machte sich in dem Eingang der Aufträge

noch kein Konjunkturmchwung bemerkbar.

Da die AEG. zu 63 Proz. für das Inland und nur zu 37 Proz. für das Ausland arbeitet, so ist diese Feststellung für die jetzige Lage in der Elektrizitätsindustrie von Bedeutung. Ueber die Gesamtumsatzziffern im letzten Jahr wollte Herr Dr. Deutsch auch diesmal (trotz seiner amerikanischen Erfahrungen) nichts sagen, jedoch kann die Erhöhung des Umsatzes gegenüber 1926 mit etwa 25 Proz. beziffert werden. Der jetzt vorliegende Auftragsbestand ist etwa 70 Proz. höher als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres, jedoch ist er in einigen Werten, wie z. B. der Turbinenschiff, noch bei weitem höher. Der einzige Betrieb, der nicht voll ausgenutzt werden konnte, ist die Lokomotivfabrik in Hennigsdorf. Mit der Erledigung der bisher vorliegenden Aufträge ist der Konzern bis zum Jahresende voll beschäftigt. Die Belegschaft, die in den letzten beiden Jahren durch die Rationalisierung sehr verringert waren, sind einschließlich der Angestellten wieder auf über 80 000 Mann gestiegen.

Die Zusammenarbeit mit der amerikanischen General-Electric-Comp. ist durch den Austausch von Patenten und Erfahrungen noch enger gestaltet worden. Die Konkurrenz dieser Gesellschaft auf dem mittel- und südamerikanischen Markt ist für die AEG. nicht sehr gefährlich, da die General-Electric-Comp. ein ausschließliches Fabrikationsunternehmen ist und nicht, wie die AEG., Gesamtanlagen anbietet und ausbaut.

Für Rußland

land Herr Dr. Deutsch auch diesmal wieder einige hofliche Worte, jedoch auch er muß feststellen, daß die Russen in den letzten Monaten nach der Erschöpfung des 300-Millionen-Kredits mit ihren Aufträgen recht zurückhaltend geworden sind. Wenn der Leiter der AEG. zum Schluß erwähnte, daß die Verwaltung auf ein hohes Lohnniveau ihrer Arbeiter großen Wert lege, so scheint die Direktion auch in diesem Punkte den Weg von der Theorie zur Praxis nur sehr schwer zu finden. Das beste Beispiel war der Lohnkonflikt der Werkzeugmacher im Raj v. J., als diese Facharbeiter ihre weit unter dem Stand von 1925 liegenden Löhne aufbessern wollten. Das damalige Angebot der Direktion ist noch in Erinnerung; es betrug 3 Pfd. Wenn die Direktion daraufhin auch, um dem drohenden Streit vorzubeugen, sich zu einer sieben- bis achtprozentigen Lohnerhöhung bei den Werkzeugmachern bequemte, so ist dieses Beispiel der beste Beweis, daß auch Arbeiterwünsche am besten bei einer starken Organisation der Belegschaft aufgehoben sind.

eigene Kapitalbildung auf dreimal so hoch als die Auslandsverschuldung. Außerdem tritt er für weitere Auslandsanleihen ein und gedenkt selbst Auslandskapital eventuell zur Schaffung einer Exportbank zu verwenden, die die deutsche Ausfuhr weiterhin fördern soll.

Auch in anderen Regierungsstellen dürfte man keineswegs entzückt davon sein, daß sie von Herrn Schacht dafür in Anspruch genommen werden, in seinem Sinne mit veralteten Finanzbegriffen aufzuräumen zu wollen.

Weiter kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei volkswirtschaftlicher Würdigung nicht Herr Schacht, sondern sein Kritiker Curtius im Recht ist. Und es ist in hohem Maße bedauerlich, daß der Reichsbankepräsident, der sich zur höchsten Politik allein berufen glaubt, Politik auch mit ungeeigneten politischen Mitteln macht. Herr Dr. Schacht wird in diesem Jahre wieder zur Wahl gestellt: die Öffentlichkeit sollte doch auch daran allmählich etwas denken.

Mehr Kupfer als 1913 verbraucht.

Anhaltende Preistreiberei am Kupfermarkt. — Riesenprofite der Erzeuger.

Die Schätzungen der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. ergeben für das Jahr 1927 einen deutschen Kupferverbrauch von etwa 260 000 Tonnen, einen Bleiverbrauch von 225 000 Tonnen, einen Zinnverbrauch von 200 000 Tonnen, einen Zinnverbraucher von 14 000 Tonnen und einen Aluminiumverbrauch von über 34 000 Tonnen. Diese Zahlen übertreffen bei weitem die Verbrauchsziffern von 1926 und sind ein weiterer Beweis für die Stärke der vorjährigen Konjunktur. Wichtig ist aber dabei die Feststellung, daß Deutschland im vergangenen Jahr mehr Kupfer verbraucht hat als im Jahre 1913 und daß der Verbrauch in den anderen Metallen nur unwesentlich unter der Vorkriegsziffer liegt.

Auch für die Weltmärkte hat die überaus günstige Entwicklung in der deutschen Metallwirtschaft eine Rolle gespielt. Kommt doch die deutsche Wirtschaft etwa ein Sechstel des gesamten Kupferverbrauchs für sich in Anspruch nehmen. In allen Konjunkturberichten und -beredungen der amerikanischen Metallinstitute spielte die Aufnahmefähigkeit der deutschen Industrie eine erhebliche Rolle und der Rückgang des amerikanischen Metallverbrauchs, der im vergangenen Jahre gegenüber dem Jahre 1926 sehr erheblich war, konnte zum Teil durch die gesteigerte Ausfuhr der amerikanischen Kupfererzeuger ausgeglichen werden. Auf die Preisentwicklung hatte natürlich die Steigerung des deutschen Verbrauchs auch einen gewissen Einfluß. Die stark gestiegenen Kupferpreise sind so teils eine Folge der gesteigerten Ausfuhr nach Europa, allerdings noch mehr eine Folge der Preispolitik der Kupferkartelle, das die Kartellschraube weiter kräftig anzieht. Dem internationalen Kupferkartell ist jetzt die englische Metallgesellschaft

wieder beigetreten, die unmittelbar nach der Gründung auf Betreiben der englischen Regierung austreten mußte. Das Kartell kann jetzt ohne Konkurrenz die Preise festsetzen und die europäischen Verbraucher unter sein Diktat zwingen. Die Preisentwicklung ersieht man aus nachstehender Tabelle:

100 Kilo kosteten am	13. Okt. 1927	30. Dez. 1927	10. Jan. 1928	26. Jan. 1928
Elektrolytkupfer . . .	125,75	135,—	135,25	135,25
Blei	42,25	45,50	44,50	44,50
Zinn	55,—	53,50	52,75	53,—
Zinn	520,—	534,—	508,—	517,—

Die Kupferpreise sind übersteigert. Die Selbstkosten wurden bei dem weitaus größten Teil der amerikanischen Kupfergewinnung und auch in Belgisch-Kongo im vergangenen Jahr erheblich gesenkt. Hat man im Jahre 1926 mit einem Herstellungspreis von 110 M. je Kilo rechnen können, so liegt der durchschnittliche Herstellungspreis für 100 Kilo Kupfer jetzt etwa bei 80 M. Der scharfe Preisrückgang für Zinn ist eine Folge der gesteigerten Erzeugung der englischen und holländischen Produktionsgesellschaften und des zurückgegangenen Verbrauchs in Amerika. Der höchste Preis war im Jahre 1927 650 M. Aber bei dem jetzt gültigen Kurse können die Erzeuger noch große Gewinne buchen.

Weg mit den Finanzkulissen!

Ein Beschluß des Städtetages.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner letzten Sitzung einen erfreulichen Beschluß gefaßt. In kurzen und regelmäßigen Zwischenräumen, zunächst vierteljährlich, sollen ausführliche statistische Finanzberichte die Öffentlichkeit über die Finanzpolitik der Städte unterrichten. Die Öffentlichkeit soll sich also ein selbstständiges Urteil bilden können und von tendenziösen Darstellungen, wie sie die letzte Zeit nur allzu oft gebracht hat, nach Möglichkeit frei bleiben. Es sollen eingehende Nachweise über den jeweiligen Stand der kurzfristigen und langfristigen Verschuldung gegeben werden, über die Verwendung von Anleiheemitteln soll berichtet, und auch über die Entwicklung der Steuereinnahmen der Städte sollen fortlaufende Angaben veröffentlicht werden. Damit erfüllt der deutsche Städtetag nicht nur von sich aus einen allgemein geduldeten Wunsch, sondern er nimmt auch allen denjenigen Kreisen, die am Fischen im Trüben ein Interesse haben, die Möglichkeit dazu.

Preß- und Walzwerke in der Eisenkonjunktur.

Werken und Baumarkt als Abnehmer.

Die minimale Abschwächung der Walzwerkproduktion im Monat Dezember, deren Ergebnisse in der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ veröffentlicht wurden, beweist, daß die seit dem September 1926 dauernde Konjunktur auf dem Eisenmarkt bis zum Jahresende in unverminderter Stärke angehalten hat. Die Gesamtproduktion der Preß- und Walzwerke betrug im Dezember 1 000 255 Tonnen gegen 1 008 930 Tonnen im November. Da der Dezember durch die Weihnachtstferientage auch nur 25 Arbeitstage wie der November hatte, ergibt sich in der arbeitsmäßigen Erzeugung nur ein ganz geringfügiger Rückgang um 324 auf 41 932 Tonnen.

Die Gesamtjahresproduktion übertrifft mit 12,63 Millionen Tonnen das Vorjahr um 25 Proz., was um so bemerkenswerter ist, als sich die fröhliche Belebung in der Eisenindustrie bereits in den letzten Monaten 1926 allgemein durchgesetzt hatte. Unter den einzelnen Erzeugnissen fällt besonders die fast 100prozentige Produktionssteigerung von Stabeisen auf, dessen Hauptabnehmer der Baumarkt ist und die sogar um 55 Proz. gestiegene Auswertung von Grobblechen, die größtenteils für Schiffsbauten Verwendung finden. Dagegen war für Eisenbahnoberbaumaterial nur ein um rund 10 Proz. erhöhter Bedarf vorhanden.

Günstiger Stand der Hanomagbetriebe — 15 Lokomotiven für Siam.

Auf der Generalversammlung der Hanomag (Hannoversche Maschinenbau A.-G.) kamen außer der Erledigung der Tagesordnung noch einige wichtige finanzielle Fragen zur Sprache. So war in Aktionärstreffen die Befürchtung aufgekommen, daß die Gesellschaft eine Zusammenlegung des Aktienkapitals beabsichtige. Auf eine entsprechende Anfrage erklärte jedoch der Vorsitzende, daß derartige Maßnahmen überhaupt nicht in Frage kämen, da die Finanzlage der Gesellschaft günstig sei, auch könne von einer Kapitalerhöhung in absehbarer Zeit nicht die Rede sein, da die erst im Frühjahr 1927 ausgenommene Anleihe von 7 Millionen Mark den Bedarf an Betriebsmitteln deckt. Die Ausflüchte der Unternehmer im laufenden Jahr wurden günstig beurteilt, da bei normalem Geschäftsgang ein sehr guter Auftragsbestand vorhanden sei. Besonders wertvoll sei für die Lokomotivbetriebe der in diesen Tagen aus Siam eingegangene Serienauftrag auf fünfzehn schwere Güterzuglokomotiven mit Tendern. Der Wert dieses Auftrages stellt sich auf ungefähr anderthalb Millionen Mark.

Gesellschafter Bergwerks-A.-G. sucht 15-Millionen-Dollar-Anleihe. Ein New-Yorker Börsenblatt berichtet von Verhandlungen der den Vereinigten Stahlwerken angeschlossenen Gesellschaft Bergwerks-A.-G. über den Abschluß einer 15-Millionen-Dollar-Anleihe, die zum Ausbau der der Gesellschaft gehörenden Seche „Monopol“, die bekanntlich nicht dem Ruhrmontantrust eingegliedert ist, dienen soll.

Die Wirtschaftlichkeit des Kulturkreises ist der Titel einer Schrift von Rudolf Breuer, die im Kommunal-Schriften-Berlag G. m. b. H., Köln, zum Preis von 1,50 M. erschien. Die darin gesammelten, in der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlichten Aufsätze mit großem, authentischem Zahlenmaterial waren der Gegenstand heftiger Diskussionen in der bürgerlichen Presse.

Die Reichsbahn soll hunderttausend Tonnen Saarkohle kaufen. Die deutsch-österreichische Volkspartei hält zur Behebung der Notlage im Saargebiet es für zweckmäßig, daß die Reichsbahnverwaltung ihren bisherigen monatlichen Kohlenbezug aus dem Saargebiet von bisher 4000 Tonnen auf 100 000 Tonnen erhöht. Dadurch könnte die Kohlenförderung an der Saar monatlich um zwei volle Schichten gesteigert werden.

Der letzte Bericht des Reparationsagenten vom 10. Dezember 1927, der die endgültige Fassung der hartumstrittenen Kritik an der deutschen Wirtschaft und an der Haushaltsführung des Reiches enthält, ist zusammen mit Ziffern der Reparationsleistungen und den Sonderberichten der fremden Kommissare jetzt in deutscher Sprache im Verlag von Reimar Hobbing, Berlin, erschienen. Der Band umfaßt über 400 Textseiten und eine große Anzahl Karten und Tabellen; er gibt eine umfassende Darstellung der Wirtschaftslage und Finanzlage Deutschlands.

Oesterreich hat durch den Beschluß des Generalrats der Oesterreichischen Nationalbank am 27. Januar den Barzinsfuß von 6 1/2 auf 6 Proz. wieder erniedrigt, nachdem er kurz nach den Auf-Unruhen (aber wie offiziell erklärt, ohne Zusammenhang damit) entsprechend erhöht worden war.

Herr Schacht geht auf Urlaub!

Was wird mit der Beratungsfeste. — Die Gegensätze zwischen Curtius und Schacht.

Der Reichsbankepräsident Dr. Schacht wird in den ersten Tagen des Monats Februar — also sehr bald — auf längere Zeit, mindestens auf vier Wochen, auf Urlaub gehen. Selbstverständlich ist ihm das gegönnt. Denn er war — das muß man ihm lassen — außerordentlich tätig, wenn wir damit auch nicht sagen wollen, daß diese Tätigkeit im letzten Jahr Deutschland etwas genützt hat.

Es ist jedoch in hohem Maße bedauerlich und verhängnisvoll, daß Dr. Schacht gerade jetzt in Ferien geht. Ohne den Reichsbankepräsidenten wird die Beratungsfeste, auf deren Arbeit die ganze deutsche Wirtschaft, nicht nur die Gemeinnden, mit Ungebuld warten, zweifellos ihre Aufgaben nicht erfüllen. Ein so selbstverständliches Anrecht der Reichsbankepräsidenten auf einen Urlaub hat, so sehr müssen wir fürchten, daß sich aus diesem Urlaub in der Praxis eine neue und vielleicht die schwerste Sabotage der Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Auslandskapital ergeben wird, und zwar gerade im allerdinglichsten und allergefährlichsten Augenblick. Wir müssen deshalb dem Herrn Reichsbankepräsidenten, bevor er in Ferien geht, fragen, ob dafür Vorkehrungen getroffen sind, daß die Arbeit der Beratungsfeste durch seine Abwesenheit nicht leiden wird. Und wir glauben, daß die ganze deutsche Öffentlichkeit sich dieser Forderung anschließen muß.

In Wirtschafts- und Regierungskreisen ist man keineswegs darüber beruhigt, wie Herr Schacht die deutsche Kreditpolitik zu leiten gedenkt. Den deutschen Industrieführern wird bei der Schachtischen Politik, besonders in der Frage der Auslandsanleihen, da die Konjunktur leiden muß, allmählich sehr bange. Herr Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius hat unsere taktische Frage: „Wer führt in der deutschen Wirtschaftspolitik?“ sehr wohl verstanden, und in einer bedeutsamen Rede in der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses hat er erklärt, daß das Reichswirtschaftsministerium zuständig sei, sich um die Entwicklung der Geldverhältnisse auch von Amts wegen zu kümmern.

Sehr interessant sind die Gegensätze zwischen Curtius und Schacht. Während der Reichsbankepräsident in einem Artikel der „Wiener Neuen Freien Presse“ die deutsche Auslandsverschuldung auf 10 Milliarden (3 1/2 langfristige, 4 1/2 kurzfristige Anleihen) beziffert, spricht Dr. Curtius von 6 1/2 bis 7 1/2 Milliarden (4 1/2 langfristige, 2 bis 3 kurzfristige). Als hoffnungslos falsch und wenig vorausschauend bezeichnet Schacht diese Verschuldung und die jährliche Last von 4 Milliarden, die sich aus dem Einfuhrüberschuß und der Zinszahlung für Auslandsanleihen ergeben. Dr. Curtius dagegen hält die Höhe der Auslandsanleihen auch gegenwärtig noch nicht für beunruhigend; er hält sie im großen und ganzen für produktiv angelegt und schätzt die

Um die Schulvorlage.

Ehrliche Verständigung oder politischer Schacher? Von Eduard Bernstein.

Wohin treibt die gegenwärtige Regierungskoalition in Deutschland?

Wer sich das klar machen will, vergleiche die Behandlung der Schulfrage unter dieser Koalition mit der Art, wie im Jahre 1919 die deutsche Nationalversammlung die Schulfrage behandelt hat.

Die nach dem materiellen und moralischen Zusammenbruch der Wittstätt-Herrschaft und Proklamierung der Republik in Deutschland im Januar 1919 gewählte verfassungsgebende Nationalversammlung zählte unter insgesamt 421 Abgeordneten 185 Sozialisten, 75 bürgerliche Demokraten (ehemals Freisinnige) und 88 Zentrumleute. Sozialisten und Demokraten allein verfügten also über die Mehrheit der Stimmen und hätten daher bei Festsetzung der Artikel der Verfassung, die von der Schule handeln, die Forderung der Kirchengläubigen auf Volksschulen ihres Bekenntnisses niederschießen können. Sie zogen es aber vor, sich mit dem Zentrum, das sich auf den Boden der Republik gestellt hatte, über eine Form zu verständigen, die den Kirchengläubigen das gibt, was sie vernünftigerweise verlangen können, nämlich die Einrichtung von Volksschulen ihres Bekenntnisses überall dort, wo eine für einen leistungsfähigen Schulbetrieb ausreichende Zahl von Erziehungsberechtigten (Eltern, Vormünder von schulpflichtigen Kindern) dies beantragt, im übrigen aber die Volksschule an keine Konfession bindet und das gleiche Recht wie den Kirchengläubigen den Anhängern des rein weltlichen Unterrichts zuerkennt. Außerdem bestimmt der Artikel 149 der Verfassung, daß, außer in den weltlichen Schulen, der Religionsunterricht „ordentliches Lehrfach“ der Schulen ist und „in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgemeinschaft“ erteilt wird.

Für die Sozialdemokratie bedeutete diese Regelung der Schulfrage den Verzicht auf die allseitige Durchführung der in ihrem Parteiprogramm niedergelegten und vielen ihrer Mitglieder sehr am Herzen liegenden Forderung „Weltlichkeit der Schule“. Sie stimmte ihr zu, weil das Zustandekommen einer republikanischen Verfassung Deutschlands davon abhing, und sie konnte dies auch deshalb verantworten, weil die Regelung wenigstens den von ihr vertretene demokratischen Grundsätzen in hohem Grade entgegenkommt. Ein Umstand, der auch die Katholiken befriedigte, die ja in Deutschland nur eine Minderheit der Bevölkerung bilden.

Mit einem Wort, die damalige Regelung der Schulfrage war das Ergebnis einer ehrlichen Verständigung der Parteien, die sich grundsätzlich auf den Boden der Republik gestellt hatten. Und von der übergroßen Mehrheit der deutschen Lehrerschaft wurde sie denn auch willkommen geheißen.

Warum nun soll sie jetzt in ihren Fundamenten geändert werden? Und in welcher Richtung?

Die Vorlage, welche die gegenwärtige Reichsregierung durch den Innenminister von Reudell der deutschen Volksvertretung als „Reform der Schulgesetzgebung“ hat unterbreiten lassen, ist, auf ihren politischen Charakter untersucht, ein Instrument zur möglichst Entdemokratisierung und Verkürzung dieser. Das erste erklärt sich bei einem Deutschnationalen von der Gattung des Herrn von Reudell, der fast von Tag zu Tag Beweise einer kaum zu überbietenden Beengtheit des Denkens offenbart, schon von selbst. Nicht ganz so einfach liegt es mit der Verkürzung der Schule. Ganz gewiß hat sie ihre Anwälte in den Kreisen der in den oberen Gesellschaftsschichten des protestantischen Deutschlands einflussreichen evangelischen Geistlichkeit. Aber in viel höherem Maße entspricht sie den Tendenzen der oberen Schichten des katholischen Klerus.

Die Beherrschung oder mindestens Ueberwachung der Schule durch die Kirche ist ein altes Ziel dieser Kreise. Gegen seine Verwirklichung hat sich jedoch lange mit großer Heftigkeit das protestantische Bewußtsein in Deutschland gestemmt. Nicht etwa nur die Welt der aufklärerisch gestimmten Protestanten, sondern ganz besonders auch die Mehrheit der oberen Bürokratie Preußens. Umfaßte sie doch die harntätigsten Vertreter des hegelianisch fundierten Staatsgedankens — einer Doktrin, welcher die Vorstellung unerträglich war, einen erheblichen Teil der öffentlichen Schulen des Landes der römischen Kirche ausgeliefert zu sehen. So scheint es ein unlösbares Rätsel, daß von den weitaus fanatischsten Verfechtern dieses Prinzips der unbeschränkten Staatsoberhoheit heute die meisten zu den Anwälten der Reudellschen sogenannten Schulreform mit ihren weitgehenden Zugeständnissen an die Kirche gehören.

Aber die Erscheinung hat ihren guten Grund; nicht daß die römische Kirche ihre Ziele in bezug auf die Schule aufgegeben hätte. In diesem wie in anderen Punkten ihres Lehrgebäudes kennt sie keinen Verzicht. Wie unerbittlich sie hier ist, hat erst ganz neuerdings die Erklärung des Papstes gezeigt, daß von Anerkennung eines gleichen Anspruchs der anderen christlichen Kirchen auf diesen Namen durch Rom nicht die Rede sein könne.

Die Abmachung, die dem jetzigen Regierungsbündnis zugrunde liegt, ist eben keine Verständigung über Grundsätze, sondern einfach ein von Zweckmäßigkeitsrücksichten diktiertes politisches Geschäft. Wie wenig sie das erstere ist, hat das klägliche Schicksal der politischen Richtlinien gezeigt, die sich das Zentrum bei ihrem Abschlusse von den Deutschnationalen ausbedungen hatte. Kein einziger von der Westarp-Garde kümmert sich noch einen Deut um sie. Und wenn noch etwas gefehlt hat, sie vollends zu entwerfen, so hat es die Erklärung des Zentrumsobersten Marx getan, das Zentrum sei weder eine republikanische noch eine monarchistische, sondern „eine Verfassungspartei“.

Es bleibe dahingestellt, ob Herr Marx diesen Satz in seinem vollen Sinn gemeint hat. Genau genommen ist er nämlich eine grundsätzliche Preisgabe der Republik. Das Zentrum ist eine deutsche Partei, und in Deutschland ist die Frage Republik oder Monarchie keine Frage bloßer Liebhaberei der Form oder des Glücksfalls, sondern eine sehr ernste Frage der Politik, die Fragen von größter Folgeschwere für das Geschick der Nation umschließt. Die Deutschnationalen träumen davon, eines Tages in die Lage zu kommen, der Republik mit Gewalt den Garaus zu machen. Angenommen, irgendeine politische Konstellation führte eine solche Lage herbei, soll sich das Zentrum dann mit einem derartigen „weder — noch“ paßlos verhalten? Ich nehme nicht an, daß Herr Marx den Satz so gemeint hat, aber daß er so verstanden werden kann, wird auch er nicht leugnen.

Unter einer Voraussetzung hat der Satz freilich seinen guten Sinn. Nämlich wenn man die Zentrumspartei vollständig mit der römisch-katholischen Kirche gleichsetzt, als einen Teil dieser, dessen politisches Verhalten durch sie bestimmt wird. Denn daß die Kirche sich in der Regel so verhält, ist allbekannt und auch begreiflich genug. Auf ihrem Spezialgebiet streng doktrinär, ist sie in der sonstigen Politik im höchsten Grade opportunistisch, findet sie sich — siehe Italien — mit jeder an der Macht befindlichen Regierung, die sie ungefahren läßt, nach dem Satz ab: „Die Obrigkeit ist von Gott.“

Freilich, die politische Abhängigkeit von der Kirche, die ja dem Zentrum oft genug, zur Zeit des Bismarckschen Kulturkampfes geradezu alle Augenblicke vor- geworfen worden ist, ist von ihm stets mit großer Entschiedenheit in Abrede gestellt, gelegentlich auch durch die Tat widerlegt worden. Aber seine Stellung zur Reudellschen Schulreform — oder, nennen wir das kind lieber beim richtigen Namen, Schulreaktion, läßt die Unabhängigkeit von der Kirche leider sehr vermessen. Daß die katholischen Bischöfe die Reaktionsvorlage willkommen hießen, konnte niemand überraschen. Daß aber, nachdem die Bischöfe sie gutgeheißen haben, im Zentrum jede kritische Stimme gegen sie erstarben ist, ist unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der inneren Politik Deutschlands tief zu bedauern.

Im Gegensatz zu der Regelung der Schulfrage durch die in offenen Sitzungen beratende Nationalversammlung ist die Reudellsche Schulgesetzvorlage nicht mit Unrecht ein hinter den Kulissen geschmiedetes Stück politischen Schachers genannt worden. Die in ihm den Kirchen zugesprochenen Vorrechte sind der Preis — nein, der Köder, um den Widerstand des Zentrums gegen die Reaktionsmänner der Deutschnationalen einzuschläfern. Rechtlich stellen sie den Grundlegenden der die Schule betreffenden Artikel der Verfassung — den Artikel 148 — geradezu auf den Kopf, bedeuten daher ganz unbestreitbar eine Änderung der Verfassung, so daß die Vorlage, um Gesetzeskraft zu erlangen, laut Artikel 76 der Verfassung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages bedarf. Die haben aber die Parteien nicht, die hinter ihr stehen, und so gehen daher ihre Mächer mit der Absicht um, den verfassungsändernden Charakter des Dings durch dialektische Kniffe hinwegzudeklarieren, was sich die Opposition schwerlich gefallen lassen wird. Gegebenenfalls dürfte die Sache zu einem sehr erbitterten Kampf ums Recht führen.

Man darf gespannt sein, wie sich das Zentrum dabei verhalten wird. Nachdem ein so angesehenen Führer wie Herr Marx die Stellung zur Republik grundsätzlich preisgegeben hat, ist man vor überoptimistischen Erwartungen geführt. Indes gibt es im Zentrum sicher eine gute Anzahl Leute, die sich bewußt bleiben, daß die Republik alle in die Staatsform des demokratischen Gedankens und ihre Aufrechterhaltung von größter Wichtigkeit für die Stellung Deutschlands im Rate der Völker ist, eine der bedeutsamsten Vorbedingungen für die Erhebung aus der Not, in die ein militaristisches System die Nation gestürzt hat. Wie sie sich bei den unausbleiblichen Diskussionen im Rahmen ihrer Partei verhalten werden, muß ihnen überlassen bleiben, ich halte es nicht für meine Aufgabe, von außen in innere Diskussionen anderer Parteien hineinzugreifen. Wohl aber halte ich mich für berechtigt, den Herren vom Zentrum ganz allgemein die Frage vorzulegen, ob dasjenige, was vor noch nicht zehn Jahren auf Grund ehrlicher Verständigung geschaffen worden ist, wirklich in ihren Augen so wertlos ist, um für ein Gebilde, das für die Volksbildung im engeren Begriff des Wortes, absolut nichts Besseres leisten kann, einen Kampf zu führen, der zwischen Parteien, die bisher trotz tiefgehender Meinungsverschiedenheiten in Grundanschauungen wiederholt bei ernstlichen Entscheidungen Schulter an Schulter gestanden haben, dauernde Verbitterung zur Folge haben muß, während das Gebilde selbst trotz aller Winkelzüge wahrscheinlich zuletzt doch ein Phantom bleiben wird.

Leidenwege von Rentenempfängern.

Schlimmer Bürokratismus in der Invaliden- und Angestelltenversicherung.

Wie lange braucht die Invalidenversicherung, um einen Rentenanspruch klarzustellen und durchzuführen? Das Schicksal eines Berliner Arbeiters zeigt, daß auch auf diesem Gebiete noch vieles reformbedürftig ist.

Am 2. März 1927 wird auf Grund eines chronischen, schweren Lungeneidens der Antrag auf Gewährung der Invalidenrente gestellt. Der Antrag wird abgelehnt. Im Berufungsverfahren kommt das Oberversicherungsamt in der Sitzung vom 27. Oktober zu folgendem Ergebnis: „Das Oberversicherungsamt hat durch das eingehende und überzeugend begründete Gutachten seines Sachverständigen für erwiesen erachtet, daß der Kläger infolge Lungentuberkulose und allgemeiner Schwäche nicht mehr imstande ist, mindestens ein Drittel dessen zu verdienen, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen. Invalidität im Sinne des § 1255 der Reichsversicherungsordnung liegt also vor und zwar dauernd seit dem Tage der Antragstellung.“

Die rechtsgültige Entscheidung des Falles hat also fast acht Monate gedauert. Man sollte meinen, daß jetzt wenigstens die Auszahlung sofort erfolgte. Weit gefehlt.

Nach zehn Wochen hatte der invalide Arbeiter immer noch nicht sein Geld.

Es erscheint uns dringend notwendig, daß hier für ein rascheres Tempo in der Erledigung gesorgt wird.

Der zweite Fall eines berufsunfähigen Angestellten ist ebenso charakteristisch. Nach sechszehnmönatiger Berufsunfähigkeit wird bei diesem in 59. Lebensjahr stehenden Angestellten festgestellt, daß er wieder 60 Proz. berufsfähig sei. Auf Grund dieses Befundes wird ihm rechtskräftig die Rente entzogen.

Zunächst ist es auffallend, in welcher kurzer Zeit die Angestelltenversicherung die Rentenfälle nachprüft, noch auffälliger, daß in einem so kurzen Zeitraum und in diesem Alter eine solche Verbesserung der Berufsfähigkeit eintrat. Mit dieser Feststellung ist jedoch nur dem Versicherungsträger, also der Angestelltenversicherung, geholfen; sie spart die Rente. Der nunmehr zu 60 Proz. berufsfähig erklärte Angestellte wird jetzt

die Armenfürsorge in Anspruch nehmen müssen.

wenn er nichts mehr zum Besehen hat. Ober bildet sich die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ein, daß der Arbeitsmarkt für

solche 59jährigen Angestellten so ausgezeichnet ist, daß sie leicht Stellung finden werden? Der Fall zeigt nur wieder mal, wie notwendig die Abstimmung der einzelnen Versicherungsträger aufeinander ist, damit ein ausreichender Schutz der Arbeitskraft gewährleistet bleibt.

Bürgerblock und Standesherrn.

Preußen fordert Entscheidung.

Der preussische Finanzminister wird dem Reichstag in den nächsten Tagen einen Entwurf über die Abfindung der Standesherrn zugehen lassen. Der Entwurf will in wesentlichen Punkten die außerordentlich freigebigen Vorschläge der Reichsregierung korrigieren. Der Bürgerblock beabsichtigt grundsätzlich eine Aufwertung von 8 Proz. des Nennbetrages der Renten zu gewähren. Darüber hinaus aber bei Renten, die für den Verlust von Liegenschaften zugesichert worden sind, bis zu 25 Proz. aufwerten und eine „angemessene“ weitere, d. h. also beliebig höhere Aufwertung in solchen Fällen geben, in denen die Renten zur Erfüllung von Unterhaltspflichten oder der Unterhaltung historischer wertvoller Anlagen dienen.

Diesem Skandal hat die preussische Regierung bisher vergeblich widerstanden. Sie wehrt sich mit Händen und Füßen gegen eine bevorzugte Aufwertung der Standesherrn, wie sie die Bürgerblockregierung will und fordert deshalb in ihrem Gesetzentwurf an den Reichstag ganz bestimmte und sich im Rahmen der bisherigen Aufwertungsregelung haltenden Bindungen. Falls der Reichstag sich dieser Forderung nicht anschließen sollte, wird der preussische Entwurf mit dem Entwurf der Reichsregierung an den Reichstag gelangen und dort zur Abstimmung gestellt werden.

Das Zentrum kann dann beweisen, ob es der Reichsregierung oder seinem Fraktionsführer Guérard folgen will, der kürzlich auf einem Parteitag in Koblenz erst geduldet hatte, daß die Standesherrn nicht bevorzugt werden dürfen und er für den Fall, daß eine Einigung über die Aufwertung unter den Koalitionsparteien nicht zustandekommen sollte, ein Volksentscheid das Wort reden würde.

Auslandsanleihen notwendig.

Debatte über den Wohnungsbau.

In der Montag Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt wurde die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums fortgesetzt. Bemerkenswert war die bestimmte, fast scharfe Art, in der der Wirtschaftsminister Dr. Curtius von den Ausführungen des deutschnationalen Fraktionsredners Dr. Reichardt über die vom Wirtschaftsministerium zu führende Reichspolitik abtrat. Dr. Curtius betonte des Weiteren noch einmal mit Nachdruck, daß zur Fortführung des Wohnungsbau in Deutschland die Herannahende von Auslandsanleihen für unbedingt erforderlich erachtet wird. Er halte eine auch nur einigermaßen befriedigende Regelung ohne Auslandsanleihe für unmöglich. Er begrüße daher, wenn der Ausschuss ihn in seinen Bemühungen, den Wohnungsbau auf solche Weise zu fördern, unterstützen würde. Die Meinungsdivergenzen in diesem Punkt zwischen dem Wirtschaftsministerium und dem Reichspräsidenten können nicht gut größer sein. Interessant war auch die Mitteilung von Dr. Curtius, daß er die Kapitalbildung in Deutschland während der letzten Jahre auf mindestens das Dreifache der ganzen deutschen Auslandsverschuldung veranschlagt. Schlere begifferte er (ohne Reparationen) auf circa 6,5 Milliarden.

Genosse Krähig wandte sich gegen die Anforderungen des deutschnationalen Redners Dr. Reichardt, der behauptet hatte, die Metallarbeiter hätten den Unternehmern ihrerseits höhere Preise zugestehen müssen, um dafür höhere Löhne zu erhalten. Genosse Krähig erklärte, daß diese Angaben unrichtig sein müßten. Die Gewerkschaftsführer seien viel zu geschult, um nicht zu wissen, daß eine Erhöhung der Eisenpreise eine Erhöhung aller Preise auf der ganzen Linie sofort nach sich ziehen würde, so daß die Arbeiter doch wieder die Leidtragenden sein würden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Schloßstr. 1732. Tel. 2 22.
Dienstag, 31. Januar, Kreuzberg: Heute abend Wiederholung ständiger Versammlung um 19 Uhr bei Repp. Wilmersd. 78. Tag 4 (Wd. 4 und 5): 20 Uhr Versammlung bei Grubler, Zimmerstr. 30. Vortrag: Sozialismus bei Marx. — Kreuzberg: Mittwoch, 1. Februar, Tag 7 (Wd. 11 und 12): 20 Uhr Versammlung bei Groll, Grollstr. 120. Vortragsabend. — Wilmersd.: Donnerstag, 2. Februar, Kameradenabend: 20 Uhr Kameradenversammlung wegen der bevorstehenden Neuwahl bei Schumann, Wilmersd. Str. 42. — Alexander: Donnerstag, 2. Februar, 1. Februar, 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Frensch, Grollstr. 120. Vortrag: Arbeitslos bei Seerisen. — Germania: Mittwoch, 1. Februar, 20 Uhr. Beginn der Uebungsabende bei Frensch, der Sportklub von Möbbing ist eingeladen.
Abend: Unter Kreuzberg Karl Schulte ist erschienen. Die Einbürgerung findet am Mittwoch, 1. Februar, 17 Uhr, im Reumarktium Feinschulensweg statt. Die Kameraden werden gebeten, sich recht zahlreich daran zu beteiligen.

Die Reichsversammlung wird von uns nicht besucht.

Arbeitergemeinschaft einflussreicher Republikaner. Donnerstag, 2. Februar, 20 Uhr, Café Adler, Kommandantenstr. 34. Öffentlicher Vortragabend. Thema: „Der Weg der Rinde.“ Referent: Walter Kaulsch. Einflußreiche Republikaner aller Parteien willkommen.
Zur Geschäftsgangfrage. Dr. Schuppert hat geschäftlicher Auslandsbeauftragter, Nationalbeauftragter und Verdränger, z. B., hält Mittwoch, 1. Februar, seine Mitgliederversammlung ab. Reichstagsabgeordnete sämtlicher Parteien sind eingeladen.

Berliner Arbeiter-Schulklub. Dienstag, 31. Januar, 20 Uhr. Vortragsabend bei Carus, Wilmersd. 19. Abt. Wilmersd.: 20 Uhr Spielabend bei Groll, Grollstr. 120. — Mittwoch, 1. Februar, 20 Uhr. Spielabend im Hotel Landwehrstr. 38. — Donnerstag, 2. Februar, 20 Uhr. Spielabend bei Grubler, Grollstr. 120. — Freitag, 3. Februar, 20 Uhr. Vortrag bei Grubler, Grollstr. 120. Rappenhelm: „Gottliche Parole.“

Vereinigung für Schul- und Erziehungszwecke. Berlin-Kreuzberg. Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, Zimmer 30 bei A. Terstegen Gemeindefschule, Wilmersd. 33. Vortrag: Erziehungszwecke Dr. A. Karger. „Der angeborene und der erworbene Charakter.“
Arbeiter-Studenten-Verein. Bezirk Kreuzberg, Am Uebend 10-11. Zusammenkunft am Mittwoch, 1. Februar, 19 Uhr, im Vortragssaal des Gesundheitsbüros. Vortrag des Genossen Dr. Frankel über „Der Alkohol und Sozialismus.“
London-English Debating Club, Wilmersd. 104. Mittwoch, abends 8 Uhr, Mr. B. Shmidt, M. A.: „The significance of little things.“

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachtr. verb.). Troden und ziemlich heiter, bei mäßigen südlichen Winden, nachts leichter Frost, am Tage Temperaturen über Null. — Für Deutschland: Im Nordwesten leichte Niederlagen, sonst trocken, im Osten meist heiter, in Süddeutschland und in der südlichen Hälfte des Reiches nachts leichte bis mäßige Fröste, am Tage über Null Temperaturen über Null.

Esst mehr Früchte

und Ihr bleibt gesund!

Die dünne Stelle.

Von Hesse Zetterström.

Vor ein paar Tagen betrat ich einen Friseursalon, um mir das Haar schneiden zu lassen. Ich nahm auf einen freien Stuhl Platz, und der Friseur, ein junger Mann mit mittelbläulichem Aussehen, sagte fein üblich:

„Haarschneiden?“

„Rein,“ sagte ich, „Kopf abbrechen.“ Denn warum soll man banal sein.

Der Friseur überhörte meine Antwort, denn er fuhr fort:

„Wie wünschen Sie es?“

Es ist ein gutmütiger Junge, dachte ich, und ziemlich heiß hier, mir wollen ihn nicht unnützlich sein. Und so antwortete ich: Bitte, hinten halblang, im übrigen nur die Spitzen abschneiden. Den Scheitel rechts.“

Der Friseur kramt mir das Haar herunter, wie sie es immer tun, ehe sie im Ernst anfangen, und dann sagte er:

„Es fängt an, da oben ein bißchen schwach zu werden.“

Damit meinte er das Haar, hoffe ich.

Ich erhob mich sofort aus dem Stuhl, legte den Frisiermantel ab, entfernte die Serviette, die mir in den Kragen gefleckt war, legte alles auf den Stuhl und ging auf die Tür zu.

„Wünschen Sie nicht Haarschneiden?“ rief der mittelbläue Friseur hinter mir her.

„Rein,“ erwiderte ich, „ich wünsche kein Haarschneiden in diesem Geschäft. Ich werde Ihnen sagen weshalb. Während der letzten zehn Jahre hat mir bis jetzt jeder Friseur gesagt, daß es anfängt, da oben ein bißchen schwach zu werden. Es ist dünn und unpraktisch, wenn ein Friseur so was sagt. Es gibt nichts, worin ein Mann empfindlicher ist als mit seinem Haar. Ein Mann, der anfängt lachköpfig zu werden, ist ein empfindlicher Mensch. Wenn man von Haaren sprechen will, dann geht er schnell auf ein anderes Thema über, und dumme Witze über Mondchein machen ihn melancholisch und bringen ihn dazu, abends früh nach Hause zu gehen und an das beginnende Alter zu denken. Ich habe dieses ewige: „Es fängt da oben an, ein bißchen schwach zu werden“, satt. Ich werde mir von jetzt an selber das Haar schneiden oder es meine Frau tun lassen. Sie ist eine rücksichtsvolle Frau. Guten Tag.“

Ich hatte gerade meinen Hut genommen, als der Oberfriseur, der, den der Friseursalon gehörte, an mich herantrat, mir den Hut wieder wegnahm und in bestimmtem Ton sagte:

„Ich bitte um Entschuldigung wegen des Gehirns, ich kann und werde Sie so schneiden, wie Sie es wünschen.“

Mit sanfter Gewalt führte er mich wieder an den Stuhl zurück, zog mir den Mantel an, steckte mir die Serviette hinter den Kragen und sagte, indem er mir das Haar herunterkämmt:

„Ich hätte einen größeren Kamm nehmen sollen. Dieser ist reichlich fein für dichtes Haar.“

Ich sah in den Spiegel und merkte, daß ich lächelte.

„Sollen die Boden natürlich fallen, so wie jetzt? Sie wollen sich so hübsch auf dem Kopf.“

Ich antwortete nichts, aber ich empfand ein gewisses Wohlbehagen.

„Es ist zu merkwürdig,“ sagte der Friseur, während er schnitt, „wie dieses und hartes Haar immer weich und stark wird ohne Fett. Es ist schon lange her, daß ich solches Haar wie dieses hier gekämmt habe.“

„Rein,“ sagte ich, „das Haar fängt an, ein kleines bißchen dünner zu werden,“ sagte ich vorsichtig.

„Es kommt einem oft so vor,“ sagte der Mann. „Es kommt einem selber so vor. Das ist aber eine Art optischer Täuschung. Tatsächlich ist Ihr Haar dicht und stark, aber jedes einzelne Haar ist dünn und feint, und das macht, daß man leicht das ganze Haar für dünn hält. Ein Haar, bei dem die einzelnen Haare dick sind wie Schnürsenkel, ist immer dick und muß immer dünn sein. Ein an sich dünnes Haar ist immer dick.“

Das Haarschneiden war beendet, er büstete mich ab, und ich sagte, während ich bezahlte:

„Sie sind ein ausgezeichnete Friseur. Ich werde öfter herkommen. Aber Sie müssen es diskreter machen. Das mit der optischen Täuschung war ein bißchen zu deutlich. Man muß stets den Mittelweg halten.“

Über der mittelbläue Gehülfe stand da und lachte vor sich hin. Ich habe es im Spiegel gesehen, als ich mich an der Tür umdrehte.

Der russische Schnapsteufel.

Aus zahlreichen Berichten der russischen Presse geht hervor, daß der Schnapsteufel in Sowjetrußland in stärkster Maße steigt und Formen angenommen hat, die eine schwere Schädigung der Volksgesundheit bedeuten. Es ist vor allen Dingen die private Schnapsbrennerei, die ein gewaltiges Ausmaß erreicht hat. Millionen Pud Getreide werden in Fusel umgewandelt. Nach den Angaben des Staatlichen Instituts für soziale Hygiene verbräut die Landbevölkerung der Sowjetunion in drei Monaten 80 Millionen Flaschen Schnaps, der in privaten Haushaltungen selbst gebraut wird. Verfolgt man die Klammern, die die Sowjetpresse aus einzelnen Gegenden des großen Rußland veröffentlicht, so hat man das Gefühl, daß das Sausen zu einer epidemischen Krankheit des russischen Landvolkes geworden ist.

Nach der neuen Verordnung, die jede private Schnapsbrennerei verbietet, auch wenn sie nicht dem Verkauf, sondern dem persönlichen Verbrauch dient, hat unter anderem zu Hauswirtschaften geführt, deren Ergebnisse geradezu furchtbar sind. In den Dörfern des Uraler Gebietes ist eine große Verschwendung der vorübergehenden Erzeugnisse. Die zu leistenden Steuern und Abgaben sind nur zur Hälfte gedeckt. Von einem einzigen Kreis sieht z. B. nach eine Million Rubel aus. Aber der Schnapsteufel hat großen Umfang angenommen. Im Petuscher Kanton werden in einem Jahre für 150 000 Rubel Erzeugnisse des Schnapsmonopols abgesetzt, aber fünfmal größer war der Konsum des selbstgebrannten Fusels. Es wurde errechnet, daß ein Friseur im Durchschnitt drei Liter Schnaps auf ein Geschäft kommen. Wie die Moskauer „Pravda“ vom 15. Januar weiter mitteilt, ist in einzelnen Bezirken die private Schnapsbrennerei zu einer Art „Industriezweig“ geworden. Hier hat die Technik eine bedeutende Höhe erreicht. — 500 Liter Fusel werden in einem Gang produziert.

Erfordernde Berichte kommen auch aus Sibirien. Im Kreise Kamenist sind in zwei bis drei Tagen etwa 400 Selbstbrenner hergestellt worden. Im Tomsker Kanton wurde schätzungsweise Getreide im Werte von 30 000 Rubeln in Schnaps umgewandelt.

Im Gouvernement Tambow ist in den Weihnachtstagen allein etwa eine halbe Million Pud Getreide zur Schnapsproduktion verwandt worden („Pravda“ vom 20. Januar 1928).

Nach den Angaben der Kommissariate für Justiz und Gesundheit und der Witz der Ukraine berichtet die „Pravda“ vom 12. Januar folgendes: In den letzten drei Jahren hat die Witz mehr als 200 000 Strafanzeigen gemacht und 81 000 Destillierapparate konfisziert. Die Menge des zur Beschlagnahme gelangenden Fusels wächst von Jahr zu Jahr. Im Jahre 1924/25 wurden etwa 128 500 Liter, im Jahre 1925/26 147 500 Liter und im vorigen Jahre über 170 000 Liter beschlagnahmt. Die Angaben der Witz lassen auf eine gewisse Konzentration in der Schnapsproduktion schließen. Vor drei Jahren kamen auf einen konfiszierten Apparat 3,7 Liter, 1925/26 5,9 Liter und im vorigen Jahre 8,5 Liter Schnaps. Ähnliche Feststellungen sind für das ganze Gebiet der Sowjetunion gemacht worden. Mit der Zunahme der privaten Branntweinproduktion steigt auch die Zahl der kriminellen Verbrechen. In der ersten Hälfte des Jahres 1926 sind in ländlichen Gebieten 23 942 Strafanträge gestellt worden, in der zweiten Hälfte desselben Jahres 67 202 und im ersten Halbjahr 1927 76 762.

Der Kampf der Sowjetbehörden gegen die privaten Schnapsbrennereien soll nun mit den härtesten Maßnahmen — hohe Geldstrafen, Zwangsarbeit — geführt werden. Den Beamten, die sich in diesem Kampfe bewähren, sollen Prämienkummern ausbezahlt werden. Wir bezweifeln, daß diese behördlichen Zwangsmahnmahnen Erfolg haben werden. Selbst die Sowjetpresse äußert Bedenken. Der Drang der russischen Landbevölkerung nach Branntwein ist nicht zuletzt eine Auswirkung der Unzufriedenheit, die aus der unzulänglichen Befriedigung notwendiger Lebensbedürfnisse entspringt. Der russische Bauer kann vielfach für sein Geld nicht die notwendigen Industrieprodukte kaufen. In allen Landbezirken klagt die Bevölkerung lebhaft über den Mangel an Industrieprodukten.

Die Eindämmung des Alkoholismus hängt wesentlich davon ab, wie weit es der Sowjetregierung gelingt, die wirtschaftliche und kulturelle Lage breiter Volksmassen zu heben.

Karl Bleibtreu gestorben.

Aus Locarno kommt die Meldung, daß Karl Bleibtreu gestern nachmittag im Alter von 60 Jahren einem Herzschlag erlegen ist. Man fragt sich, wer ist dieser Mann? Und dann erinnert man sich, daß Karl Bleibtreu vor vierzig Jahren mit Gehart Hauptmann, mit Arno Holz und Johannes Schlot, mit den Brüdern Harz und mit Michael Georg Conrad in der ersten Reihe der Kämpfer stand, die in Deutschland für den Naturalismus eintraten; die Zola, Raupassant und Hauptmann, die Ibsen, Tolstoj und Dostojewski gegen die erdende Tradition des Pathos auspielten und gegen das Konversationsstück von Blumenhals und Lindaus Gnaden entschieden Front machten. Eine Generation, die andere Kunstideale verfolgte und die Krieg, Revolution und Inflation erlebt hat, vergißt so schnell, vor allem, wenn es sich um einen Menschen handelt, der eher Kritiker als schaffender Künstler war.

Karl Bleibtreu wurde am 31. Januar 1859 in Berlin als Sohn des Schlachtenmalers Georg Bleibtreu geboren. Zuerst betätigte er sich als Germanist und dichtete ein Epos „Gunnlaug Schlangens-“

zunge“, dann trat er für die moderne Dichtung ein. Im Jahre 1885 erschien seine „Revolution der Literatur“, und an diesen Band schließt sich die Reihe seiner literaturkritischen, populärphilosophischen und didaktischen Schriften an. Bleibtreu war immer nur Anreger, temperamentvoller Kämpfer, weniger Dichter. Seinen Dramen „Lord Byron“, „Harold“ oder „Napoleon Bonaparte“ blieb der Erfolg versagt, auch seine Schlußdichtungen, die den deutsch-französischen Krieg behandeln, sind bald vergessen worden trotz des Aufsehens, das sie bei ihrem Erscheinen erregten. Ueberblickt man heute das Gesamtwerk Bleibtreus, so ist man erstaunt über die Mannigfaltigkeit der Interessen und über die Fülle des Stoffes, und man fragt sich bestürzt, warum wurde dieser Mann so früh vergessen?

Heute hat man Distanz gewonnen, heute versteht man nicht mehr die temperamentvolle Stellungnahme von Kritikern und Literaten dem Schriftsteller Bleibtreu gegenüber, die ihm den arroganten Ton in seinen Schriften nicht verzeihen konnten. Karl Bleibtreu ist gestorben, ein Vorkämpfer der naturalistischen Dichtung, ein Anreger aber kein Erfüller, kein Meister der Form, ein zu unruhiger, türmender Geist, um einem Werk eine enghaltige Gestaltung geben zu können und doch einer der wenigen, die damals, vor vierzig Jahren, die Notwendigkeit und Erwidung der deutschen Dichtung klar erkannten. Es starb ein fast Vergessener.

Sonnenbäder in englischen Kohlengruben. Von allen Arbeitern sind bekanntlich die Bergarbeiter jene, die ihre ganze Arbeitszeit unter der Erde verbringen und infolgedessen tagaus, tagein der mahlstäubigen Luft des Sonnenlichtes entbehren müssen. Und wie sie selbst unter dieser Dichtentziehung leidlich und körperlich leiden, so sehen sie auch die Entwicklung ihrer Kinder, die oft schon in frühen Jahren den harten Beruf ihres Vaters ergreifen, durch diese ständige Arbeit im Dunkeln gehemmt und gehindert. Um nun diesen unter Tag arbeitenden Menschen die Segnungen des Lichtes zukommen zu lassen, hat sich im vergangenen Jahre in England eine Gesellschaft gebildet, die zunächst alle jugendlichen Arbeiter, deren Körper durch den ständigen Aufenthalt in der Dunkelheit besonders gelitten hatten, zur Erholung in die Bergtäler der Schweiz sandte. Aber damit allein betrachtete sie ihre Aufgabe noch nicht als erfüllt. Es sollten alle Arbeiter, nicht nur die jugendlichen, die stärkende und belebende Kraft des Sonnenlichtes an sich erfahren, und so wurden in jedem Schacht künstliche Sonnenbäder eingerichtet, um allen die segnerreichen Wirkungen der ultravioletten Strahlen zugänglich zu machen. Das erste dieser Sonnenbäder wurde in der Grube Eberwood bei Mansfield in der Grafschaft Nottingham eingerichtet, und die Grubenleitung überwacht persönlich aufs genaueste alle Einzelheiten und sorgt dafür, daß diese Strahlen gleichmäßig auf alle verteilt werden. Außerdem ist bei diesen Sonnenbädern stets ein Arzt zugegen, der die Physik hat, darüber zu wachen, daß die Bäder streng nach ärztlichen Vorschriften genommen werden. Sollte sich diese Einrichtung bewähren, so will die Gesellschaft noch einen Schritt weiter gehen und außer den Arbeitern auch den von Licht abgeschlossenen Tieren, besonders den Pferden, die Wohlfahrt des Lichtes durch einen kürzeren oder längeren Aufenthalt im Bereich der ultravioletten Strahlen zuführen.

Wunder der Technik.

Der Staudamm von Matwar. — Moderner Riesentunnel in New York.

Ägypterreisende sind meist Vergnügungs- und Erholungsreisende. Sie bringen nur selten im Süden weiter in das Land vor, als höchstens bis Assuan, denn in Schellal hört die ägyptische Eisenbahn überhaupt auf. Wer dann weiter will, der muß auf dem Nil dampfen bis Wadi-Halfa fahren, der ersten Station der sudanesischen Bahn. Und doch sollte man die kleinen Unbequemlichkeiten der Reise bis Khartum auf sich nehmen, denn die Engländer haben hier tatsächlich Vorbildliches geschaffen was Straßenbau und Verkehrswege anbetrifft, und Khartum ist unter ihrer Herrschaft zu einer ganz modernen unafrikanischen Stadt geworden. Man schreiet über den altägyptischen Boden, aus dem der Mahdi seine Kämpfe ausgefochten hat. Wer einmal hier ist und in Khartum selbst die rastlose Kulturarbeit der Engländer bewundert, die breiten, schöngepflegten Straßen durchschneidet, dem wird es ein Bedürfnis sein, noch einige hundert Kilometer weiter ins Land zu dringen, um das Werk zu sehen, das den Höhepunkt moderner Kulturarbeit im Lande der Pyramiden darstellt, die Riesentalsperre von Matwar. Und wohl jedem, der vor dem Wunderwerke neuester Technik steht, wird es eintreten, daß die politische Bedeutung des Staudammes noch weit übertragender ist, als seine wirtschaftliche. Denn mit der Talsperre von Matwar hat England den Schlüssel zu Ägypten in der Hand. Wenn sich auf Englands Befehl die riesigen Schleusentore des Stauwerkes schließen, dann ist Ägypten im Sommer ein dem Verderben preisgegebenes Land.

Von Khartum gelangt man zunächst nach Sennar, das 225 Kilometer davon entfernt liegt und weitere 10 Kilometer davon liegt Matwar, einst ein unbekanntes Eingeborendorf, heute eine kleine, nette Stadt, von fast europäisch anmutendem Aussehen. Hier ist die Gezira Irrigation, die technische Leitung der gewaltigen Bewässerungsanlage.

Die Höhe des Staudammes, der um etwa 10 bis 12 Meter die Wasserfläche überträgt, beträgt 80 Meter. Es mußte eine Baugrube von etwa 30 Meter Tiefe ausgekocht werden, bis man auf den mit der Erde verwachsenen Fels stieß, der geeignet war, ein Gewicht von 1 Million Tonnen zu tragen. Tag und Nacht wurde hier gearbeitet und 90 000 Menschen widmeten ihre volle Arbeitskraft dem Bau der Talsperre. Die mächtigen Steinquadern sind unendlich fein ineinander gefügt. So entstand auf dem ausgetrockneten Boden Ägyptens, hinter den Mauern des Staudammes plötzlich ein See, der dreimal so groß ist wie der Genfer See, und das ihn umgebende Land in blühende, fruchtbare Erde umwandelte.

Die Damnkronne, die eine Breite von 7 Meter hat, kann man in ihrer vollen Länge von 90 Kilometer im bequemen Kraftwagen wie eine schön gepflegte Straße befahren. Das Auge sieht dabei über das verzweigte Netz der das Land durchziehenden Kanäle und Rebentäler und wieder abzweigenden Feldkanäle mit Schleusen und Regulatoren.

Schon wenn dieser gewaltige Staudamm bei uns stünde, würde er das gewaltigste Aussehen erregen. Aber dort im wasserarmen Boden des Sudans, unter den sengenden Strahlen einer glühenden Tropensonne, inmitten der Wüste, dort wirkt er als modernes Weltwunder neben den Pyramiden, gewaltig und zauberhaft zugleich.

Nur wer das Land durchkreist, vermag die Magie der modernen Technik begreifen, die dem Wüstenboden Blumen und dem Eingeborenen den Anbau von Kulturpflanzen ermöglichte.

Lange Jahre mühseliger Berechnungen und intensiver Arbeit fanden mit der Vollendung des Hollandtunnels in New York ihren erfolgreichen Abschluß. Die Gesamtlänge dieses Riesentunnels, über dem die Wellen des Hudsons rauschen, beträgt 2819 Meter, also nicht viel weniger als 3 Kilometer. Er verbindet New York mit Jersey City. Der eigentliche Unterwasserteil des Tunnels ist 1009 Meter lang, die Distanz zwischen den Lüftungsschächten, die noch von den Wellern des Flusses unpölselt werden, beträgt 1028,40. Schon diese Zahlen beneiden den unerhörten Kolossalbau des Tunnels. Es befinden sich auch an dem Ende in New York Unterwasser-tunnel. Wir haben auch in Hamburg die gewaltige Unterwasserung des Hafens, doch kann sich keines der erwähnten Bauwerke auch nur im entferntesten mit der Hudsonunterwasserung messen.

Jede Fahrtrichtung des Hollandtunnels hat zwei Fahrbahnen: eine für die schnelleren Fahrzeuge, wie Personenkraftwagen, Motorräder usw., die andere für Pferdewerke und schwerbeladene Kraftwagenfahrzeuge. Die 20 Fuß breite Fahrbahn erlaubt es, daß beide Arten Fahrzeuge ohne Schwierigkeit aneinander vorbeifahren können, und die Höhe des Tunnels, welche 4,74 Meter beträgt, erlaubt auch hochbeladene Möbelfahrzeuge das Passieren. Durch die Trennung der beiden Fahrtrichtungen ist eine Kollisionsgefahr so gut wie ausgeschlossen und die Aus- und Einfahrt der Tunnelbahnen ist absichtlich auseinandergelegt, um Verkehrsstopfungen zu vermeiden.

Das schwierigste Problem haben die Erbauer in der Ventilation des Tunnels. Für unterirdische Wege in diesem Ausmaße standen keine Beispiele zur Verfügung. Man hatte weder die Erfahrung noch die wissenschaftliche Forschung zur Seite. Es handelte sich außerdem nicht nur um die Zuführung frischer Luft, sondern auch um die Ableitung der verbrauchten Luftmassen und der Motorqualm. Ein überaus kompliziertes System der Ventilation wurde geschaffen und die Ergebnisse unter Verwendung von Rauchbomben geprüft. Der röhrenförmige Bau der Tunnel ist in drei Teile getrennt. Den größten Teil, das ziegelförmige Mittelstück, nehmen die Fahrbahnen ein, durch den oberen Kreischnitt wird die verbrauchte Luft abgeleitet, durch den unteren die frische Luft zugeführt. Nieder-turbinen und Pumpen sind in den Ein- und Ausgangsgebäuden untergebracht.

Der Vater des New-York-New-Jersey-Tunnels ist der Ingenieur Clifford M. Holland. Er hat die Vollendung seines Lebenswerkes nicht mehr beobachten können, da er am 27. Oktober 1926 starb. Man hat behauptet, der Kampf mit den Elementen habe ihn dahingerafft. Tatsache ist, daß der Bau des Tunnels viele Todesopfer, darunter mehrere Ingenieure, gefordert hat.

Aber es ist nur recht und billig, daß man diesem gewaltigsten Erzeugnis menschlicher Baukunst den Namen dessen gegeben hat, der den Kühnen Plan faßte und unbeirrt bis zu seinem Tode durchgeführt hat. Die Baukosten machen den Riesenbeitrag von 46 000 000 Dollar aus. Man rechnet mit einem stündlichen Verkehr von 3800 Fahrzeugen. Die Beleuchtung ist so angebracht, daß sie die Fahrbahn indirekt beleuchtet und nicht blendet.

Der Bau einer ähnlichen Unterführung wird in diesen Tagen projektiert. Man hofft mit den Erfahrungen beim Bau des Hollandtunnels manche Schwierigkeiten zu vermeiden.

